

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn



Jahresbericht

2005

Impressum

Zentrum für Europäische Integrationsforschung

Walter-Flex-Str. 3

53113 Bonn

Tel. (0228) 73-1810, 73-1891

E-mail: imaldona@uni-bonn.de, sekretariat.zeia@uni-bonn.de

Internet: www.zei.de

Bonn, August 2006

Vorwort

2005 führte die Europäische Union in ein ungewöhnliches Krisenjahr. Der Ratifikationsprozess der Europäischen Verfassung wurde durch Referenden in Frankreich und in den Niederlanden gebremst, in denen sich jeweils eine Mehrheit der Beteiligten gegen die Annahme des Europäischen Verfassungsvertrages aussprachen. Die politischen Akteure in der EU riefen eine „Denkpause“ aus, die ihre eigene Hilflosigkeit ein wenig camouflieren sollte. Die Ernüchterung über die Folgen der EU-Osterweiterung und die stagnierende europäische Wirtschaftsentwicklung intensivierten das Krisenempfinden: Die Zustimmung zur europäischen Integration sank ausweislich aller Meinungsumfragen auf einen historischen Tiefstand.

Gleichzeitig wuchs, paradoxerweise, die weltweite Erwartung an die Europäische Union. In mehr als einem Dutzend Fällen hat die EU unterdessen über die gesamte Welt gestreut Aufgaben der Friedenssicherung und des Post-Konflikt-Managements übernommen. Zur weltwirtschaftlichen Bedeutung der EU als Faktor der Stabilität, gerade auch im Zeitalter der Globalisierung, gibt es keine Alternative. Der Euro hat sich weltweit als Reservewährung etabliert. Die transatlantischen Beziehungen sind 2005 wieder normalisiert worden, denn ohne einen Schulterchluss der über dem Irak-Krieg gespaltenen Partner wird es keinen Erfolg im Kampf gegen den Terrorismus und seine Ursachen geben können.

Vor diesem Hintergrund hat sich das ZEI im Berichtszeitraum 2005 mit soliden Beiträgen in Forschung und Beratung an der wissenschaftlichen Bearbeitung der europapolitischen Fragestellungen erfolgreich beteiligt. Dieser Jahresbericht gibt einen Überblick über die wichtigsten Akzente der Tätigkeit des ZEI, in der wir auch im Jahr 2005 wieder allseitige Unterstützung und Zustimmung erfuhren, für die wir dankbar sind. Unser europa-, ja weltweit anerkanntes „Master of European Studies“ Programm hat auch im siebten und achten Jahr seines Bestehens die Erwartungen und Hoffnungen erfüllen können, die wir selbst und alle an diesem Studienprogramm Beteiligten an unsere Arbeit richten. Die Alumni unseres Master Programms gehören zur neuen Generation ambitionierter, qualifizierter und erfolgreicher junger Europäer und an Europa interessierter junger Weltbürger, auf die wir besonders stolz sind.

Nach der Konsolidierung des ZEI hat das Jahr 2005 erneut die große Nachfrage nach unserer Arbeit und die Richtigkeit der Substanz unserer Angebote bezeugt. Im Zusammenspiel von Forschung, Beratung und Weiterbildung liegt der Schlüssel zum Erfolg unserer Arbeit. Allen, die in diesem Sinne ihre Erwartungen an uns richten, möchten wir auch in Zukunft zufrieden stellende Antworten geben. Dieser Jahresbericht zeigt, wie wir dies im Jahr 2005 versucht haben.

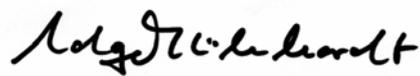
Bonn, 31. August 2006



Prof. Dr. Jürgen von Hagen



Prof. Dr. Christian Koenig



Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Forschung und Beratung

Forschungsgruppen im Überblick

Die Forschungs- und Beratungstätigkeit am ZEI wird in Forschungsgruppen geleistet, die sich besonderen Schwerpunktthemen widmen. In diesen arbeiten Wissenschaftler und „Fellows“ aus den verschiedenen Abteilungen des Zentrums, die sich mit gemeinsamen oder ähnlichen Fragestellungen befassen. Auf diese Weise wird die multi- und interdisziplinäre Zusammenarbeit zu zentralen Fragen des europäischen Integrationsprozesses gefördert. Im Jahr 2005 arbeiteten am ZEI fünf thematische Forschungsgruppen zu folgenden Themen:

Forschungsgruppe I

Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa

Inhaltlich beschäftigt sich diese Forschungsgruppe vor allem mit der Rolle und Entwicklung der Institutionen im Rahmen der europäischen Integration. Grundsätzlich geht es um Fragen, die die Koordination der Wirtschafts- und Fiskalpolitik der EU-Länder in der Währungsunion betreffen. Darüber hinaus beschäftigt sich die Forschungsgruppe speziell mit der Analyse der politischen, juristischen und institutionellen Rahmenbedingung für die Osterweiterung. Eine weitere wichtige Aufgabe: Sie beobachtet die Europäische Union, ihre Organisationen und politischen Parteien und macht Vorschläge für strukturelle Reformen. Im Berichtszeitraum betraf dies vor allem die Erarbeitung des Europäischen Verfassungsvertrages, den das ZEI interdisziplinär kommentieren konnte.

Forschungsgruppe II

Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik

Diese Forschungsgruppe ist in vier Untergruppen gegliedert, die sich jeweils mit sektorspezifischen Fragestellungen der Marktgestaltung und Marktprozesse im Rahmen der europäischen Integration befassen. Im einzelnen arbeiten die Gruppen zu den Bereichen europäisches Kommunikations-, Energie-, Pharma-, Beihilfen- und Vergaberecht. Auch aktuelle Themen finden Eingang in die Forschungstätigkeit: Es werden zum Beispiel die verfassungsrechtlichen Grenzen für die Forschung an embryonalen Stammzellen erörtert. Daneben befassen sich Arbeitsgruppen mit der New Economics of Migration, Medienmärkten, Finanzmärkten in den neuen Mitgliedsländern der EU sowie der regionalen Entwicklung in den Beitrittsländern der EU.

Forschungsgruppe III

Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa

Im Mittelpunkt der Arbeiten dieser Forschungsgruppe steht die Beschäftigung mit der Frage nach der Gestaltung der Fiskalpolitik der Mitgliedsländer in der

Währungsunion. Die Auseinandersetzung erfolgt zum Teil im Rahmen von Studien über die Fiskalpolitik der EU in den vergangenen Jahren bzw. über Fiskalische Regeln. Zudem widmet sich die Forschungsgruppe kritisch der europäischen Geldpolitik.

Forschungsgruppe IV **Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung**

Die Arbeit dieser Gruppe konzentriert sich auf Fragestellungen, die das Thema Arbeitsmarkt, seine Institutionen und Probleme betreffen. Untersucht wird in diesem Zusammenhang der Einfluss der unterschiedlichen Strukturen in den EU-Ländern auf die Arbeitsmarktsituation. Dazu gehört auch die vertiefte Auseinandersetzung mit der Frage, ob ein gesamteuropäische Beschäftigungsstrategie der Heterogenität der Arbeitslosigkeit gerecht wird.

Forschungsgruppe V **Europas Rolle in der Welt**

Mit der Rolle der EU im Kontext der weltweiten wirtschaftlichen Organisationen und den transatlantischen Beziehungen beschäftigt sich diese Gruppe. Inhaltlich geht es dabei um den Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Beziehungen Europas zu den USA, aber auch um Kooperationen zwischen Europa und Asien in den Bereichen Bildungs- und Beschäftigungspolitik. Ein weiteres wichtiges Thema mit zunehmender Relevanz: die Auswirkungen der internationalen Terroranschläge auf die zukünftigen Aufgaben Europas. Auch den Themen „Europäische Identität“ und „Interkultureller Dialog“ widmet sich diese Forschungsgruppe am ZEI. Dazu gehören Fragen und Probleme aus den Bereichen der Ethik und der Sprachwissenschaft; diskutiert wird darüber hinaus über den Einfluss der Religionsvielfalt auf das gesellschaftliche Zusammenleben. Die Gruppe macht auf die Notwendigkeit der interkulturellen Verständigung für ein friedliches Zusammenleben auf der Welt aufmerksam.

Die insgesamt fünf Forschungsgruppen, die in der Regel institutionen- und fächerübergreifend besetzt sind, leisten einen wertvollen Beitrag im Sinne eines intensiven Dialogs mit Politik und Praxis zu gesellschaftlich relevanten Fragestellungen. Unterstützt wird ihre Arbeit durch Foren und Arbeitsgruppen. Vorträge und Diskussionen sowie internationale Tagungen sorgen zudem für eine weiterführende Beschäftigung mit spezifischen Fragen.

Forschungsgruppen

Forschungsgruppe I: „Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa“

Institutionelles Recht

Die Forschungsgruppe „Institutionelles Recht der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft“ befasst sich mit den Institutionen, Verfahren und Prinzipien der europäischen Integration, dem Prozessrecht vor dem Europäischen Gerichtshof sowie mit allgemeinen Fragestellungen aus dem Bereich der EG-Grundrechte und Grundfreiheiten.

Einen Schwerpunkt der Arbeiten der Forschungsprojektgruppe im Jahre 2005 bildete die Arbeit an der Neuauflage des Lehrbuchs „Europarecht“, die Anfang 2006 erscheinen wird. Die nunmehr fünfte Auflage des angesehenen Lehrbuches wurde von PD Dr. Andreas Haratsch, nunmehr Universität Potsdam, Prof. Dr. Matthias Pechstein, Universität Frankfurt/Oder, sowie Prof. Dr. Christian Koenig erstellt, der dabei von Kristin Hentschel, Jens-Daniel Braun, Oliver C. Füg, Karlis Svikiis und Julia Wetzel unterstützt wurde.

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die von einigen Mitgliedern der Forschungsprojektgruppe erstellten Beiträge für das gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der Abteilung „Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“ unternommene interdisziplinäre Projekt einer Analyse und ersten Bewertung des Europäischen Verfassungsvertrages. Für den von Dr. Marcus Höreth, Dr. Cordula Janowski und Prof. Dr. Ludger Kühnhardt herausgegebenen Band „Die Europäische Verfassung“ (Nomos-Verlag, 2005) verfasste PD Dr. Andreas Haratsch einen Beitrag über die Bestimmungen des Verfassungsvertrages über die „Zugehörigkeit zur Union“ und untersuchte – gemeinsam mit Ulrike Steiner – die Neuregelungen in den Bereichen „Grundrechte und Unionsbürgerschaft“. Ferner untersuchte Dr. Albert Njome Ekango die Neuregelung der Rechtsetzungsinstrumente durch den Verfassungsvertrag, und Jens-Daniel Braun und Ralf Capito, LL.M., analysierten kritisch die Bestimmungen des Verfassungsvertrages über den sog. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.

Europäischer Verfassungsprozess und die Ratifikationskrise der Europäischen Verfassung.

ZEI – Verfassungskommentar: Trotz aller Hürden, die der am 29. Oktober 2004 von den Staats- und Regierungschefs in Rom unterzeichneten „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ noch zu bewältigen hat – die EU wird hinter den wichtigen Reformen, die mit diesem Vertrag beschlossen wurden, nicht zurück bleiben können. Die Europäische Verfassung hat bereits vor ihrem Inkrafttreten eine neue Epoche eingeleitet. Ein multidisziplinäres, aus Politikwissenschaftlern, Juristen und Ökonomen bestehendes Team des Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) in Bonn hat eine erste wissenschaftliche Bewertung

der Verfassung vorgelegt: „Die Europäische Verfassung. Analyse und Bewertung ihrer Strukturentscheidungen“ (Hrsg. Cordula Janowski/Ludger Kühnhardt/Marcus Höreth). Die Studie, die 2005 in der Schriftenreihe des ZEI im Nomos Verlag Baden-Baden erschienen ist, bietet einen systematischen Einblick in die Verfassung und ihre Strukturentscheidungen. In ihrer Analyse kommen die Wissenschaftler zu dem Schluss, dass die Verfassung eine wichtige Errungenschaft für die EU darstellt, auch wenn in den instruktiven Einzelbeiträgen bereits jene Schwachstellen aufgezeigt werden, die in Zukunft zu überarbeiten sind. Das Werk richtet sich an Politikwissenschaftler, Ökonomen sowie Europarechtler.

Eine weitere Buchveröffentlichung zu dem Thema ist der Band 62 des Nomos-Verlages: Ludger Kühnhardt, Erweiterung und Vertiefung. Die Europäische Union im Neubeginn, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 62, Nomos Verlag, Baden-Baden 2005: Die tiefgreifenden Entwicklungen der europäischen Integration in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts haben nicht nur die Frage nach den institutionellen Reformen und nach der territorialen Ausdehnung der EU berührt. Sie haben ebenso die Identität des politisch verfassten Europas und die globale Rolle Europas beeinflusst. Das Spektrum der Entwicklungen lässt sich nurmehr begreifen, wenn die unterschiedlichen Facetten dieser Vorgänge (Erweiterung, Vertiefung, Identität) gleichermaßen in den Blick genommen werden. Die Abhandlungen des Direktors am Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, reflektieren die aktuellen und prinzipiellen Trends und Tendenzen der jüngsten Phase der europäischen Integration in dieser gebotenen Weite. Sie ordnen Prioritäten inmitten überbordernder Fakten und markieren Deutungen der Zeitgeschichte inmitten anhaltend offener Integrationsprozesse.

In dem Band „Die nationalen Parlamente und ihre Europa-Gremien Legitimationsgarant der EU?“, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 66, Nomos Verlag, Baden-Baden 2005, greift Cordula Janowski ebenfalls den Themenbereich auf. Die Diskussion um das Demokratiedefizit der EU hat seit Maastricht einen neuen Akteur ins Spiel gebracht: Die nationalen Parlamente. Lange auf eine Zaungastrolche beschränkt, werden die nationalen Parlamente seit 1992 fast einhellig als zentrale Säule der demokratischen Legitimation der EU betrachtet. Diese Annahme setzt allerdings voraus, dass die Parlamente die Europapolitik ihrer Regierungen in der Praxis effektiv kontrollieren. Zentral sind dabei die parlamentarischen Europa-Gremien, die als institutionelle Reaktion der Parlamente auf ihre Europäisierung zu werten sind. Im Vergleich der Abgeordnetenkammern in der EU vor der Erweiterung weist die Studie nach, dass die postulierte europapolitische Mitwirkung der nationalen Parlamente bisher unzureichend ist. Entsprechende Maßnahmen sind Einzelphänomene, die noch keine systematische Mitwirkung erkennen lassen. Die Legitimationskette von den nationalen Parlamenten zur EU ist somit bisher eine weitgehend theoretische Annahme, die in der Praxis keine Entsprechung findet. Dies führt den Blick auf alternative Modelle zur Legitimation der EU, die auf die Verflechtung der Ebenen verzichten und aus dem Dilemma führen könnten.

Jürgen Elvert geht in dem ZEI Discussion Paper, C148 „Zur gegenwärtigen Verfassung der Europäischen Union“ am Beispiel der bisherigen Konstitutionalisierungsschübe der Frage nach den dem europäischen Projekt zugrunde liegenden Konzepten nach. Elvert stellt dabei fest, dass im Laufe der

Erweiterung zunehmend der ursprüngliche Grundkonsens der Sechsergemeinschaft in Frage gestellt wird, weshalb die Frage nach der finalité politique der Europäischen Union auch weiterhin unbeantwortet bleibt, wobei die vorhandenen Konzepte zwischen einem Europa als Freihandelszone und der EU als föderal strukturierte politische Gemeinschaft oszillieren.

Medienpräsenz des ZEI: Die Ablehnung des Verfassungsvertrages durch die Referenden in Frankreich und den Niederlanden leiteten turbulente Zeiten für die EU ein. Öffentliche Diskussionen um die Gemeinschaftswährung und das anschließende Scheitern des EU-Gipfels am 16. und 17. Juni stürzten die EU dann endgültig in eine ihrer schwersten Krisen. Der Ratifizierungsprozess zur EU-Verfassung ist in einigen Ländern zunächst ausgesetzt worden und auch in der schwierigen Frage der EU-Finanzierung konnte keine Einigung erzielt werden. In diesen sehr ereignisreichen Wochen waren die Mitarbeiter des ZEI von den Medien äußerst gefragte Experten. Ihre Artikel, Analysen und Ausblicke in den diversen Stellungnahmen zur Lage der EU, sind im folgenden aufgelistet und stehen als Download auf der Homepage des ZEI (www.zei.de) zur Verfügung.

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor am ZEI, sieht in der aktuellen Krise der EU auch eine Chance zur Erneuerung des europäischen Integrationsprojektes. Sein Artikel („Die Chance der Krise“) ist erschienen im Rheinischen Merkur vom 23.6.2005 und kann als pdf-Datei heruntergeladen werden. In der Neuen Zürcher Zeitung vom 8. Juni 2005 hat ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt zu der Frage nach möglichen Auswegen aus der Ratifikationskrise der Europäischen Verfassung Stellung genommen. Im folgenden die Langfassung seiner Überlegungen. Der in der NZZ publizierte Text kann als pdf-Datei oder im Internet unter www.nzz.ch heruntergeladen werden.

Frau Dr. Cordula Janowski, Programmleiterin "European Studies" und EU-Expertin am ZEI, analysierte im WDR-2 Morgenmagazin am 23.6.2005 die Ziele der im Juli 05 beginnenden britischen Ratspräsidentschaft. Ihre Erläuterungen können auch unter folgendem link nachvollzogen werden. (www.wdr.de/wdr2/moma). Dr. Janowski kommentierte auf n-tv am 17.6.2005 und 18.6.2005 die aktuellen Entwicklungen des Europäischen Gipfels von Brüssel. Ihre Kernaussagen zum Verlauf des Gipfels, sowie ein Kommentar zu dessen Scheitern und ein Ausblick auf die anstehende britische Ratspräsidentschaft stehen auch im pdf-Format ([ntv_EU_Gipfel_1.pdf](#), [ntv_EU_Gipfel_2.pdf](#)) zum Download bereit. Am 30. Mai 2005 kommentierte Frau Dr. Cordula Janowski in den Morgennachrichten auf n-tv das französische Votum.

Den Ausgang des französischen Referendums kommentierte Andreas Marchetti, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, in einem Telefoninterview für das WDR 2 Morgenmagazin sowie in „Thema heute“ der Deutschen Welle. Hauptgründe für das ablehnende Votum der Franzosen seien einerseits die Verquickung von innenpolitischen und europapolitischen Fragen sowie die mangelnde Kommunikation der Vorzüge des Verfassungsprojektes seitens dessen Befürworter gewesen. Zudem könne nicht erwartet werden, dass die Bürger eine positive Einstellung gegenüber Europa entwickelten, wenn allzu häufig auch innenpolitische Fehlentwicklungen „Brüssel“ angelastet würden.

ZEI-Mitarbeiter Siebo Janssen erläuterte Hintergründe und gab mögliche Interpretationen zur niederländischen Entscheidung in „Informationen am Mittag“

des Deutschlandfunks sowie in der Sendung „der TAG“ des Fernsehsenders Phoenix. Bei der Entscheidung der Niederländer sei vor allem ein Zweckbündnis von Links- und Rechtspopulisten am Werke gewesen, das vermittels der Ängste der Bürger das Verfassungsprojekt torpediert habe.

Im Rahmen des ZEI Master Program for European Studies führte ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt im November und Dezember 2005 zwei zweitägige Workshops durch, die sich detailliert mit den Reaktionen in allen EU Staaten und in den diversen Fraktionen des Europäischen Parlaments auf die Unterzeichnung der ersten Europäischen Verfassung, auf die durch die negativen Referenden in Frankreich und in den Niederlanden ausgebrochene Ratifikationskrise und auf die Perspektiven einer Überwindung dieser Krise befasst haben. Die interessanten und sehr vielschichtigen Erkenntnisse dieser Workshops werden im Jahr 2006 mit einem ZEI Discussion Paper vorgelegt.

Föderalismus in Europa

In dem den Arbeitsbericht umfassenden Zeitraum arbeitete Siebo M.H. Janssen, wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, an der Vorbereitung seiner Habilitation mit dem Thema: „Die Föderalisierung Belgiens als mögliches Modell für eine föderal gestaltete EU?“. Zu dieser Frage erschien von ihm im Berichtszeitraum auch das ZEI Discussion Paper C 150/2005: „Belgien – Modell für eine föderal verfasste EU? Die Föderalisierung Belgiens im Kontext der Europäischen Integration.“ Schwerpunktmäßig behandelt es die Frage, wie sich der Prozess der Föderalisierung Belgiens historisch entwickelt hat und welche Auswirkungen dieser auf die gesamtstaatlichen Strukturen hat. Kernthese ist dabei, dass durch die zunehmende Dezentralisierung Belgiens die Vorstellung einer gesamtstaatlichen belgischen Identität immer schwächer wird und nahezu alle politischen Akteure, wie auch die Medien, lediglich noch im Rahmen ihrer Regionalstrukturen denken und handeln. Diese - verbunden mit der notwendigen Kompetenzübertragung weiter Kompetenzbereiche an die EU - Partikularisierung des politischen Handelns führt zu einer Aushöhlung der belgischen Identität und stärkt die partikularen Identitäten. Übertragen auf die EU würde eine stärkere Regionalisierung der EU zu einem Verlust an Handlungsfähigkeit für die EU führen, da diese mit mehr (partiellen) Vetoakteuren zu tun hätte.

Europakolloquium: Wissenschaftsreformen in Europa

Am 2. und 3. September 2005 fand in Münstertal das 11. Europakolloquium unter dem Titel „Hochschule und Weiterbildung: Quo vadis?“ statt. Vor dem Hintergrund eingreifender Umstrukturierungen beschäftigte sich das Europakolloquium mit den aktuellen Entwicklungen in den Hochschulen und in der beruflichen Weiterbildung. Das Kolloquium ermöglichte einen intensiven Gedankenaustausch über verschiedene Facetten des Themas, das vermittels ausgewählter Praxisberichte von unterschiedlichen Seiten beleuchtet wurde. Am Beispiel der Hansestadt Hamburg zeigte Regierungsdirektor Dr. Matthias Pape neueste Entwicklungen in der z.Z. stattfindenden Bildungsreform auf und beleuchtete vor allem die Mechanismen, die zur konkreten Formulierung von Reforminhalten führen. Prof. Dr. Johannes Beverungen erläuterte anhand der Berufsakademie Lörrach Möglichkeiten, die Hochschulausbildung zu diversifizieren. Hariolf Frankenreiter

widmete sich der Thematik aus Sicht der Schulen und unterstrich die verstärkt an die Schulen herangetragenem pädagogischen Ausbildungsziele, die über die reine Wissensvermittlung weit hinausgingen. Dr. Gerd Föhrenbach vom Zentrum für Transformation der Bundeswehr beschäftigte sich in seinem Referat mit der beruflichen Weiterbildung, die zunehmend an Bedeutung gewinne, betonte aber, dass diese keinesfalls eine universitäre Ausbildung ersetzen könne. Neben dem intensiven thematischen Austausch ermöglichte das Europakolloquium die Weiterführung des Kontakts zwischen ehemaligen und aktuellen Promovenden und Examenskandidaten von ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt. Gefördert wurde das Europakolloquium im Rahmen der Initiative „Dialog und Wissenschaft“ der Hanns Martin Schleyer-Stiftung.

Die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen

Am 26. Oktober 2005, sechs Wochen nach den Parlamentswahlen in Deutschland und Polen und nur drei Tage nach den polnischen Präsidentschaftswahlen nahm Prof. Dr. Irena Lipowicz, Sonderbeauftragte Botschafterin des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten für polnisch-deutsche Beziehungen, Warschau, die Gelegenheit wahr, am ZEI die Bilanz der bilateralen Beziehungen in den letzten 15 Jahren zu ziehen und zugleich eine Perspektive einer neuen Öffnung im Verhältnis der beiden Ländern aufzuzeichnen. Sie referierte vor einem überaus interessierten und zahlreichen Publikum zu dem Thema „Polen – Deutschland: Bilanz der Beziehungen und Perspektive einer neuen Öffnung“. Die deutsch-polnische Zusammenarbeit sei trotz mancher Verstimmungen und Asymmetrie in der gegenseitigen Wahrnehmung doch als ein enormer Erfolg anzusehen. Die unzähligen bilateralen Initiativen in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens, in der Wirtschaft, in der Bildung und Politik, auch in der EU-Ebene, geben ein gutes Zeugnis dafür. Beide Länder sind Partner in der EU und der NATO. Doch die noch ungelösten Probleme sollten nicht ausgeklammert und offen angesprochen werden. Das Engagement Polens in der Irak-Krise, die deutsche Russlandpolitik im Bereich der Energieversorgung, die nicht nur polnische Interessen auf diesem Feld ignoriert, das geplante und äußerst umstrittene Zentrum gegen Vertreibung, die Entschädigungsklagen der deutschen Vertriebenen und die polnischen Reaktionen darauf in Form von Reparationsforderungen für die Folgen des Zweiten Weltkrieges waren Themen, die in dem Vortrag vertieft wurden. Die geopolitische Lage Polens als Mitglied der EU und zwischen dem vereinigten Deutschland und Russland wird jedoch in langer Perspektive als eine Chance für das Land gesehen.

Mit dem Dissertationsprojekt „Erwerbswanderungen in der erweiterten Europäischen Union am Beispiel der Arbeitsmigration aus Polen (Arbeitstitel), Promotoren: Prof. Dr. Klaus-Achim Boesler und Prof. Dr. Ludger Kühnhardt von Dipl.-Geogr. Janusz Musial (seit 1.10.2002), wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, soll ein nach der Überwindung der West-Ost-Trennung 1989 und der folgenden Liberalisierung im Reiseverkehr zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und den Ländern Mitteleuropas beobachtetes Phänomen der periodischen erwerbsorientierten Wanderung aus Polen nach Deutschland untersucht werden. Am Beispiel und der Analyse der Arbeitsmigration aus dem Gebiet „Oppelner Schlesien“ im Südwesten Polens nach Deutschland unter unterschiedlichen wirtschaftlich-politischen Gegebenheiten vor und nach dem Beitritt Polens in die Europäische Union am 1. Mai 2004, soll ein mögliches

Migrationsszenario für die durch Richtlinien der Europäischen Union angesetzte Liberalisierung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus den neuen in die alten EU-Mitgliedsstaaten in 2011 aufgestellt werden.

Ausgehend von der These, dass die gegenwärtigen Voraussetzungen für die Migration in den home-Gebieten, die so genannten push-Faktoren und die Anziehungsimpulse, die pull-Faktoren in den Zielgebieten für die Akteure der Wanderung in der nahen Zukunft bestehen bleiben, soll bewiesen werden, dass die temporären Migrationsströme mit ökonomischem Hintergrund zu einem der Begleiterscheinungen des Kohäsionsprozesses zwischen den neuen und den alten Mitgliedsländern der EU werden wird. Drei wichtige Merkmale spielen dabei eine entscheidende Rolle: Die gravierenden Divergenzen im Einkommensniveau in den Quell- und den Zielgebieten der Migranten mit einhergehender ökonomischer Attraktivität der Migration, die Überwindung der geographischen Distanz durch effiziente Transportmöglichkeiten, die Flexibilität und Mobilität der Akteure der Migration. Die aufgestellte These wird unter anderem durch Auswertung der eigenen Untersuchungen untermauert, die im Quellgebiet der Migration regelmäßig seit 2001 durchgeführt werden. Der Abschluss ist für Mitte 2006 geplant.

Europäische Identität

Im Rahmen einer regelmäßigen jährlichen Gastprofessur hielt Prof. Dr. Ludger Kühnhardt an der Diplomatischen Akademie Wien am 27. und 28. Januar 2005 zwei Vorlesungen und Seminare zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union ab

Ebenfalls im Rahmen einer jährlichen regelmäßigen Gastprofessur an der Alta Scuola di Economia e Relazioni Internazionali (ASERI) der Katholischen Universität Mailand hielt Prof. Dr. Ludger Kühnhardt vom 7. bis 9. Februar 2005 ein Seminar zum Thema: „Turning Points in European Integration History“ ab.

Thomas Banchoff, Associate Professor im Department of Government and School of Foreign Service an der Georgetown University, hat 2004/2005 als ZEI-Senior Fellow an seinen Forschungen am ZEI gearbeitet. Er ist Verfasser von "The German Problem Transformed: Institutions, Politics, and Foreign Policy, 1945-1995" und "Legitimacy and the European Union: The Contested Polity". Von 2001-2004 war er Director des Master of Arts in German and European Studies an der Georgetown University. Im Jahr 2003 wurde Professor Banchoff der DAAD Prize for Distinguished Scholarship in German Studies verliehen. Als Senior Fellow am ZEI hat Professor Banchoff an zwei Projekten gearbeitet: Professor Banchoff bearbeitete sein Buchmanuskript zum Thema „Stammzellpolitik in Europa und in den Vereinigten Staaten“. Es handelt sich um eine komparative Analyse der nationalen politischen Reaktionen auf rasante Entwicklungen in den Naturwissenschaften. Das Buch untersucht insbesondere die vermittelnde Funktion von nationalen politischen Kulturen und staatlichen Institutionen. Im Januar 2005 veröffentlichte Professor Banchoff zu diesem Thema einen Aufsatz in World Politics unter dem Titel „Path Dependence and Value-Driven Issues: The Comparative Politics of Stem Cell Research“. Der Artikel handelt von einem Vergleich der Stammzellenpolitik in Deutschland und Großbritannien. Das zweite Thema, das Professor Banchoff behandelte, war das Verhältnis zwischen Religion

und Politik in Atlantischen Demokratien. Als Leiter der Initiative on Religion, Politics, and Peace an der Georgetown Universität - ein groß angelegtes Forschungsprogramm über die sich verändernde Rolle der Religion in der Weltpolitik - hat Professor Banchoff eine Konferenz zum Thema „The New Religious Pluralism and Democracy“ im April 2005 organisiert. An der Konferenz, die das Verhältnis Religion und Demokratie in den USA und Westeuropa untersuchte, nahmen führende Sozialwissenschaftler, Philosophen, und Theologen teil, darunter Martha Nussbaum, Peter Berger und Stanley Hauerwas. Der Konferenzband wird nächstes Jahr erscheinen.

Dr. phil. (Universität Bonn), Dr. rer. pol. (russ.) Swetlana Pogorelskaya, leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Westeuropa und USA des INION an der Akademie der Wissenschaften der Russischen Föderation, Moskau, Rußland, hielt sich vom 01. März 2005 bis zum 31.12.2005 am ZEI auf. In der Forschungsgruppe I „Institutionen und Institutionenentwicklung in der EU“ bearbeitete sie ihr Projekt „Außenpolitische Kulturen der EU-Staaten im Vergleich: Deutschland – Frankreich“.

Matti Wiberg: New Winners and Old Losers. A Priori Voting Power in the EU25 (ZEI Discussion Paper, C149/2005) analysiert die Entwicklung der Abstimmungsstärken der EU-Mitgliedstaaten im Ministerrat von 1957-2004 unter Verwendung des standardisierten Penrose-Banzhaf-Indexes. Der Autor berücksichtigt dabei besonders die aktuelle Entwicklung und thematisiert sowohl die praktischen als auch politischen Konsequenzen aus den dargelegten Berechnungen.

Prof. Franjo Štiblar von der „School of Law“ der Universität Ljubljana, argumentiert im ZEI Discussion Paper C146/2005: „Preservation of National Identity and Interests in the Enlarged EU“, daß die EU bereits eine bestimmte Anzahl einheitlicher Werte, eine gemeinsame Identität und ein gemeinsames Erbe definiert habe; gleichzeitig respektiert die EU aber auch die Unterschiede in den Kulturen, Sprachen und Identitäten ihrer Mitgliedstaaten. Der Autor diskutiert diesen zunächst ambivalent erscheinenden Aspekt anhand der Ökonomie.

Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme

Die Gestaltung eines sich neu herausbildenden Föderalismus in Europa gehört ebenso zu den dringlichen Themen der aktuellen, wirtschaftspolitischen Diskussion wie die Reform des Föderalismus in der Bundesrepublik. Im Jahr 2003 richtete die Deutsche Forschungsgemeinschaft ein Schwerpunktprogramm „Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme: Theoretische und empirische Aspekte“, das von ZEI Direktor Prof. Dr. Jürgen von Hagen als Sprecher koordiniert und geleitet wird. Der Forschungsschwerpunkt wurde Anfang 2005 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft evaluiert und für eine weitere Förderungsperiode verlängert.

Das ZEI veranstaltete gemeinsam mit der Universität Regensburg im Juli 2005 die erste internationale wissenschaftliche Konferenz im Rahmen dieses Forschungsschwerpunkts. Als wissenschaftliche Gäste hielten Professor David Wildasin (University of Kentucky) und Professor Ben Lockwood (Warwick University) Vorträge über theoretische und empirische Forschung zum

Föderalismus. Darüber hinaus trugen die Teilnehmer des Forschungsschwerpunkts Ergebnisse aus ihren Projekten vor.

Am ZEI werden im Rahmen dieses Schwerpunktprogramms zwei Projekte bearbeitet. Junior Fellow Daniela Treutlein beschäftigt sich mit der Frage, wie weit die politische Integration in Europa fortgeschritten ist. Ziel ihres Projekts, das gemeinsam mit dem Politikwissenschaftler Prof. Dr. Thomas König, Speyer, konzipiert und durchgeführt wird, ist die Entwicklung eines empirischen Maßes für politische Integration in der EU. Dieses Maß stützt sich auf den Anteil nationaler Gesetzgebung, der in der Übertragung von EU Recht in nationales Recht besteht. Durch Betrachtung der Entwicklung dieses Maßes über die Zeit und den Vergleich unterschiedlicher Länder sollen Determinanten des Prozesses der politischen Integration empirisch erfasst werden.

Junior Fellow Michael Evers befasst sich in einem zweiten Projekt mit der Makroökonomik des Finanzausgleichs in einem föderalen System. Ziel seiner Arbeit ist die Entwicklung eines dynamischen, makroökonomischen Modells einer Föderation und Währungsunion, mit dessen Hilfe die wohlfahrtsökonomischen Eigenschaften eines Finanzausgleichssystems analysiert werden können. Die Ergebnisse dieser Arbeit zeigen, wie eine optimale Gestaltung eines Finanzausgleichs zur makroökonomischen Stabilisierung erreicht werden kann. Herr Evers trug ein Papier aus diesem Projekt bei der Jahrestagung der angesehenen internationalen Forschungsorganisation International Institute of Public Finance im August 2005 in Korea vor. Sein Vortrag wurde mit dem Peggy and Richard Musgrave Award für den besten wissenschaftlichen Beitrag eines Nachwuchswissenschaftlers ausgezeichnet. Sie wird in der renommierten Zeitschrift International Tax and Public Finance veröffentlicht.

Junior Fellow Bartolomej Gurba analysiert in seinem Dissertationsprojekt die Entwicklung föderaler Strukturen in Polen. Er zeichnet zunächst die Entwicklung Polens als föderales System während der letzten 15 Jahre nach. Dabei betrachtet er insbesondere die Frage, ob die Aufgabenteilung zwischen den verschiedenen Regierungsebenen den normativen Aussagen des fiskalischen Föderalismus entspricht. Darüberhinaus untersucht Herr Gurba die Entwicklung der Verschuldung lokaler Gebietskörperschaften in Polen und die Wirksamkeit institutioneller Regeln zu ihrer Begrenzung. Herr Gurba wechselte zum Jahresende zur Europäischen Kommission.

Wirtschaftspolitischer Wettbewerb

In der wirtschaftspolitischen Debatte um die institutionelle Entwicklung der EU nimmt die Frage um des Verhältnisses der verschiedenen wirtschaftspolitischen Systeme in den Mitgliedsländern zueinander einen breiten Raum ein. Diese Debatte hat mehrere Facetten. Ein Teil der Diskussion konzentriert sich auf die Frage, inwieweit die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsländer im Wettbewerb zueinander stehen können oder harmonisiert und koordiniert werden müssen. Ein zweiter Teil der Diskussion betrachtet die Notwendigkeit eines fiskalischen Verbunds der Mitgliedstaaten der Währungsunion nach dem Muster des deutschen Finanzausgleichs zur Sicherung von Beschäftigungsstabilität in den einzelnen Mitgliedsländern. Ein dritter Teil befasst sich mit dem Problem des Steuerwettbewerbs in Europa. In einem vierten Teil schließlich geht es um die

Entwicklung der lokalen Gebietskörperschaften in Europa und mit ihr Verhältnis zu den übergeordneten politischen Ebenen in der Union. Die Abteilung führt seit 1997 ein breit angelegtes Forschungsprogramm durch, das Beiträge zu diesen Forschungsfragen leistet.

Die Diskussion um Wettbewerb versus Harmonisierung der wirtschaftspolitischen Ansätze und Systeme in der EU betrachtet die Frage, wie unterschiedliche Systeme z. B. der Arbeitsmarktregulierung in den Mitgliedstaaten nebeneinander bestehen können. Populäre Argumente behaupten, die europäische Integration führe zu Wettbewerb der Systeme ähnlich dem Marktwettbewerb zwischen den Anbietern eines Gutes. Die Analogie führt zu dem Schluss, dass sich das jeweils beste wirtschaftspolitische System bewährt.

Die einfache Analogie hält jedoch näherer Überprüfung nicht stand. Anders als auf Märkten für Güter- und Dienstleistungen gibt es im Wettbewerb der wirtschaftspolitischen Systeme keine klaren, wirtschaftlichen Anreizstrukturen und keine wohldefinierten Zu- und Austrittsrechte. Die Marktanalogie greift daher nicht. Dr. Martin Seidel, Senior Fellow der Abteilung ZEI-B, hat sich in mehreren Beiträgen mit dem Problem einer angemessenen Wettbewerbsordnung für den Systemwettbewerb auseinandergesetzt. Senior Fellow Klaus Büniger arbeitet ebenfalls über dieses Thema.

Junior Fellow Christian Martincus Volpe betrachtet verschiedene Aspekte des wirtschaftspolitischen Wettbewerbs im Zusammenhang mit der regionalen Integration im Mercosur, der Südspitze Lateinamerikas. Seine Dissertation präsentiert eine umfangreiche empirische Analyse der Effekte der Integration auf die räumliche Verteilung ökonomischer Aktivitäten in der Region. Er weist nach, dass die Integration sowohl die industrielle Spezialisierung einzelner Teilregionen als auch die räumliche Konzentration wichtiger Industrien signifikant geändert hat. Diese räumlichen Effekte implizieren, dass die Regierungen der beteiligten Länder aufgrund der Handelsintegration in intensiverem Wettbewerb zueinander um die Ansiedlung von Industrien stehen. Volpes Analyse weist nach, dass fiskalpolitische Instrumente wie Besteuerung, Subventionen und Infrastrukturvorleistungen die Ergebnisse dieses Wettbewerbs signifikant beeinflussen. Herr Volpe hat seine Dissertation im Jahr 2004 erfolgreich abgeschlossen. Er wechselte im Sommer 2005 an die Interamerican Development Bank in Washington DC.

Koordination der Wirtschaftspolitik in der Währungsunion

Die EU hat zur Koordination inzwischen eine Reihe von Mechanismen wie Wirtschaftspolitische Richtlinien, Luxemburg Prozess, Cardiff Prozeß und Köln Prozess geschaffen, die unterschiedliche Aspekte der Wirtschaftspolitik abdecken. Inwieweit dies jedoch in der Lage ist, die grundlegende Aufgabe zu lösen, eine konsistente Wirtschaftspolitik zu liefern, ist umstritten. Susanne Mundschenk und Jürgen von Hagen arbeiten in einem gemeinsamen Projekt an der Analyse der wirtschaftspolitischen Aspekte dieser Frage. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist die Entstehung von wirtschaftspolitischen „Klubgütern“ in der Europäischen Währungsunion. Klubgüter sind wirtschaftspolitische Größen wie der gemeinsame Wechselkurs und die gemeinsame Inflationsrate, an denen alle Teilnehmer der Währungsunion gemeinschaftlich partizipieren. Diese Klubgüter

erfordern eine neue Definition wirtschaftspolitischer Verantwortlichkeiten in der Währungsunion. In einer Reihe gemeinsamer Arbeiten und Vorträge diskutieren Junior Fellow Susanne Mundschenk und ZEI Direktor Jürgen von Hagen die bisherigen Mechanismen und Prozesse zur Koordination der Wirtschaftspolitik. Sie argumentieren, dass die bestehenden Mechanismen zu wenig auf die speziellen Probleme der Währungsunion zugeschnitten sind. Aufgrund ihrer institutionellen Gestaltung ist zu vermuten, dass diese Prozesse weitgehend ineffektiv bleiben werden. Dies liegt nicht zuletzt an der Beschränkung der Koordination auf den bloßen Austausch von Absichtserklärungen und der mangelnde Möglichkeit zu bindenden Absprachen.

Fiskalpolitik und Regionale Schocks in der Währungsunion

Im Rahmen dieser Forschungsgruppe befassen sich Wirtschaftswissenschaftler auch mit der Frage, ob eine Währungsunion, wie sie die EU inzwischen verwirklicht hat, ein System von horizontalen und vertikalen Transfers nach dem Muster des deutschen Finanzausgleichs benötigt, um ohne größere Schwankungen von Beschäftigung und Output in den einzelnen Mitgliedstaaten mit sogenannten asymmetrischen Schocks, also divergierenden zyklischen Entwicklungen umgehen zu können. Der amerikanische Nobelpreisträger Robert Mundell hatte schon in den 60er Jahren die Vermutung geäußert, dass eine Währungsunion derartige Transfermechanismen benötige; dieser Ansicht folgte u.a. der Delors Report von 1989.

Ein Projekt im Rahmen dieser Forschungsgruppe hat die ökonomische Analyse von Transfermechanismen in einer Währungsunion zum Ziel. Gemeinsame Arbeiten von Ken Kletzer und Jürgen von Hagen entwickeln makroökonomische Modelle einer Währungsunion, in deren Rahmen sich die Mundellsche Vermutung analysieren lässt. Sie zeigen, daß diese Vermutung differenzierter zu betrachten ist, wenn man sie außerhalb des Mundellschen Rahmens, der von Lohn- und Preisrigiditäten gekennzeichnet ist, analysiert. Die makroökonomischen und die wohlfahrtsökonomischen Effekte eines Finanzausgleichs hängen dann wesentlich von der ökonomischen Struktur der Währungsunion und von der Ausgestaltung des Finanzausgleichs ab. Diese Arbeiten zeigen, dass ein Finanzausgleich in der Währungsunion unter Umständen zu einer Verbesserung der Stabilität von einkommen und Beschäftigung in den Mitgliedstaaten führen kann, dass dabei aber nicht zuletzt Konflikte zwischen der Fiskalpolitik und der Geldpolitik in der Währungsunion auftreten können. Dipl. Volkswirt Patrick Gilles, Junior Fellow der Abteilung ZEI-B, arbeitete diese Analysen im Rahmen seiner Dissertation weiter aus. Die Arbeit wurde im Dezember 2005 mit erfolgreicher Promotion abgeschlossen. Herr Gilles arbeitet seit 2005 bei der DEKA Bank in Frankfurt.

Forschungsgruppe II: „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“

Europäisches Kommunikationsrecht

Die Forschungsgruppe „Europäisches Kommunikationsrecht“ hat sich im Jahr 2005 vornehmlich auf die wissenschaftliche Begleitung der praktischen Anwendung des neuen Telekommunikationsrechts konzentriert. Dies betraf insbesondere das Zusammenspiel der nationalen Regulierungsordnung auf Grundlage des 2004 in Kraft getretenen neuen Telekommunikationsgesetzes (TKG) mit dem europäischen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste. Es konnten auf diese Weise wesentliche Erkenntnisse für die wissenschaftliche Aufarbeitung einer ganz neuen Form der modernen Verbundverwaltung zwischen der mitgliedstaatlichen und der europäischen Ebene gewonnen werden. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Forschungsgruppentätigkeit verstärkt auch dem zunehmenden Konvergenzprozess Rechnung getragen, in dessen Folge die regulatorischen Rahmenbedingungen auch auf Ebene der telekommunikativ gestützten Telemedien und der für jede Form der elektronischen Kommunikation unverzichtbaren elektronischen Datenverarbeitung weiter an Bedeutung gewinnen.

Diese Schwerpunkte spiegelten sich für das Jahr 2005 nicht nur in der Publikationstätigkeit, sondern auch im Kontakt mit Wissenschaft und Praxis durch Beratungstätigkeiten und die Teilnahme an Veranstaltungen wider.

Neben der Betätigung im Bereich der elektronischen Kommunikation wurden die Aktivitäten der Forschungsprojektgruppe auch auf dem Postsektor fortgesetzt. Insbesondere wurde die Studie zur Reform des Weltpostvereins, die gemeinsam mit dem Wissenschaftlichen Institut für Infrastruktur und Kommunikationsdienste (WIK) im Auftrag des (damaligen) Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit angefertigt worden war, formal überarbeitet, um aktuelle Entwicklungen des Reformprozesses ergänzt und in eine druckfähige Form gebracht, so dass die Studie Ende des Jahres 2005 in Buchform erscheinen konnte. Sie dokumentiert umfassend den aktuellen Stand des maßgeblich von der Bundesrepublik Deutschland veranlassten langwierigen Reformprozesses dieser Sonderorganisation der Vereinten Nationen, der in nicht unerheblichem Maße auch die Belange der Europäischen Gemeinschaft berührt.

Die Publikationstätigkeit der Forschungsgruppe stand im Jahr 2005 primär unter der Prämisse einer möglichst engen Verzahnung mit der regulatorischen Praxis, die es aufzuarbeiten und wissenschaftlich zu begleiten galt. So entstanden namentlich verschiedene Anmerkungen zu Gerichtsentscheidungen und ein umfassender und praxisfolgenreicher Beitrag zur Verfahrensrealität der im Jahr 2004 neu geordneten Telekommunikationsregulierung.

Daneben befassen sich Publikationen des Jahres 2005, die Beschäftigung mit Rechtsfragen sicherer Systemumgebungen („trusted computing“) in den

Vorjahren fortschreibend und weiterentwickelnd, mit den wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Entwicklung einer IT-Sicherheitsarchitektur im Wege koordinativer Standardisierung und mit der Rolle quelloffener Software („Open-Source-Software“) in der regulatorischen Praxis der Europäischen Gemeinschaft.

Auch im Jahr 2005 war die Forschungsgruppe „Europäisches Kommunikationsrecht“ intensiv in die fachwissenschaftliche und öffentliche Diskussion um die Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem neu gestalteten und gemeinschaftsrechtlich überformten Telekommunikationsrecht eingebunden. So konnte regulatorisches Wissen u. a. in Schulungsseminaren für Unternehmen aus der Telekommunikationsbranche vermittelt und auf diese Weise eine enge Verknüpfung zwischen Wissenschaft und Praxis hergestellt werden. Daneben wurde der wissenschaftliche Dialog auch mit Marktteilnehmern und aus dem Bereich der öffentlichen Verwaltung im Rahmen von Veranstaltungen und Einzelgesprächen aktiv gesucht und durch Vorträge und die Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen aktiv ergänzt.

Energierecht

Die Forschungsgruppe „Energierecht“ begleitete im Jahr 2005 insbesondere die mit der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes einhergehenden rechtlichen Umgestaltungen im Energiesektor durch Publikationen, Veranstaltungen und Beratungstätigkeiten.

Das neue nationale Energiewirtschaftsgesetz trat in Umsetzung der auf europäischer Ebene im Jahr 2003 verabschiedeten Beschleunigungsrichtlinien für Strom und Gas am 13. Juli 2005 in Kraft. Mit diesem Regelungswerk gehen unter anderem die Einrichtung der Bundesnetzagentur und weitgehende Entflechtungs- sowie Entgeltregulierungsanforderungen einher.

So beschäftigten sich die in diesem Jahre netzwirtschaftsübergreifend konzipierten Energiegespräche in Bonn am 23. Juni 2005 im Gästehaus Petersberg mit dem Verhältnis von nationalen und europäischen Regulierungsbehörden und insbesondere der Fragestellung nach einer Kooperation oder Zentralisation am Beispiel der Zugangsrechte. Die Energiegespräche wurden vom Studienkreis „Regulierung der Netzwirtschaften“ veranstaltet, dessen Sprecher weiterhin Prof. Dr. Christian Koenig, LL.M. (Direktor am ZEI), Prof. Dr. Jürgen Kühling, LL.M. (Senior Fellow am ZEI), und RA Dr. Christian Theobald, BBH Berlin, sind.

Das erste Panel der Energiegespräche beschäftigte sich unter Moderation von Prof. Dr. Justus Haucap, Ruhr-Universität Bochum, mit der Frage, ob im Telekommunikationssektor eine Superregulierungsbehörde in Brüssel besteht. Im Mittelpunkt aus energierechtlicher Sicht stand die zukünftige Arbeit der Bundesnetzagentur. Neben dieser bleiben Zuständigkeiten der Landesbehörden bestehen. Ferner wird den Gerichten eine neue Rolle zukommen, und auch Einflüsse aus Brüssel werden die Regulierung der Energiewirtschaft in Deutschland weiterhin bestimmen. Das zweite Panel zum Energierecht, moderiert von Theobald, diskutierte insbesondere über die Frage, ob im Energiesektor eine ausgewogene Rollenverteilung erreicht ist bzw. wie eine solche aussehen sollte.

Kühling moderierte das dritte Panel zu der Fragestellung, ob und wie der Eisenbahnsektor von den Regulierungserfahrungen im Telekommunikations- und Energiesektor profitieren kann. Das von Koenig moderierte Abschlusspanel schloss sodann mit der netzwirtschaftsübergreifenden angeregten Diskussion eines „optimalen institutionellen Designs“.

Um den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis weiter zu fördern, hat der Studienkreis die Arbeit des im vergangenen Jahr gegründeten Arbeitskreises „Netzzugang und Entgeltregulierung“ erfolgreich fortgeführt.

Vertreter der Energie-, Telekommunikations- und Verkehrswirtschaft diskutierten gemeinsam mit Vertretern der Wissenschaft, der nationalen Regulierungs-, Wettbewerbs- und Aufsichtsbehörden sowie der Europäischen Kommission aktuelle Fragen der Regulierung auf zwei Arbeitskreissitzungen am 25. April sowie am 7. November 2005. Die Auftaktstatements zu Beginn der jeweiligen Diskussionsrunden wurden von Dr. Karl-Heinz Neumann, Geschäftsführer und Direktor des WIK, und Prof. Dr. Ingo Vogelsang, Boston University, gehalten. Thema beider Veranstaltungen in den Konferenzräumen des ZEI war die bereits vor Inkrafttreten des Energiewirtschaftsgesetzes brisant diskutierte „Anreizregulierung“. Im Anschluss an die Kurzvorträge der Referenten erfolgte eine gewohnt intensive und kontroverse Diskussion. Vorstand des Arbeitskreises sind weiterhin Dr. Cara Schwarz-Schilling, Bundesnetzagentur, Robert Klotz, Europäische Kommission, und Prof. Dr. Christian Koenig.

Mit den ersten Erfahrungen des novellierten Energiewirtschaftsgesetzes 2005 befassten sich die vom Studienkreis Regulierung der Netzwirtschaften in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für angewandte Rechtswissenschaft der Universität Karlsruhe veranstalteten Energiegespräche in Berlin, die am 23. November 2005 in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund in Berlin stattfanden. Unter dem Titel „Das runderneuerte Energiewirtschaftsgesetz – Erste Praxiserfahrungen“ diskutierten Vertreter aus Wissenschaft und Praxis zunächst über das Zusammenspiel von Bundesnetzagentur und Landesregulierungsbehörden. Achim Zerres, Bundesnetzagentur, stellte den Aufbau seiner Behörde dar und berichtete über erste Erfahrungen aus der Sicht der Bundesnetzagentur. Sodann erläuterte Peter Franke, Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr, NRW, die Sicht der Landesregulierungsbehörden. Aktuelle Rechtsfragen der Regulierung von Objektnetzen waren Gegenstand eines weiteren Vortrags, der von Dr. Werner Schilling, Leiter der Landesregulierungsbehörde Brandenburg, gehalten wurde. Abgerundet wurde die Veranstaltung schließlich mit einem Panel zu den ersten Erfahrungen mit der Zugangs- und Entgeltregulierung, welches von Prof. Dr. Christian Koenig moderiert wurde.

Beihilfen- und Vergaberecht

Die Forschungsprojektgruppe „Beihilfen- und Vergaberecht“ befasst sich mit den Institutionen, Verfahren und Prinzipien der EG-Beihilfen sowie des nationalen und EG-Vergaberechts mit dem Schwerpunkt der Anwendung im Bereich der Infrastrukturförderung.

Unter der Leitung von Jens-Daniel Braun erarbeitete die Forschungsprojektgruppe im Auftrag der EG-Kommission – gemeinsam mit dem Institut für Europäisches Medienrecht (EMR) – eine Studie in englischer Sprache mit dem Titel „Market Definition in the Media Markets“. Die Studie untersuchte anhand der einschlägigen nationalen Vorschriften und Praxis der zuständigen Behörden, wie in den zehn neuen – den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Mai 2004 beigetretenen – Mitgliedstaaten die Märkte im Mediensektor (Zeitungen, Film, Fernsehen, Internet etc.) abgegrenzt werden. Ralf Capito, LL.M., unterzog in diesem Zusammenhang ferner die entsprechende Praxis der EG-Kommission und der Gemeinschaftsgerichte einer kritischen Prüfung. Die Studie ist mittlerweile auf der Homepage der DG Wettbewerb abrufbar.

Weitere Schwerpunkte bildeten zahlreiche Aufsatzveröffentlichungen im Beihilfen- und Vergaberecht, in deren Rahmen sich die Autoren mit den vielfältigen Lebensbereichen und Rechtsgebieten befassten, in denen beihilfen- und vergaberechtliche Probleme auftreten können. Beispielhaft sollen hier das Arzneimittel- und Hilfsmittelrecht, die Infrastrukturförderung und das Insolvenzrecht genannt werden (vgl. im Einzelnen die Liste der Veröffentlichungen).

Die Forschungsprojektgruppe rundete ihre Tätigkeit mit beihilfen-, vergabe- und wettbewerbsrechtlichen Vorträgen und Veranstaltungen in New York, Brüssel, Berlin, Hamburg und Bonn ab, u. a. zu folgenden Themen: „Ausschreibungen im Hilfsmittelbereich (§127 Abs. 2 SGB V) – Wettbewerbliche Leistungserbringung oder gnadenlose Kostensenkung?“, „Fiscal Policy and State Aid“, „Infrastrukturförderung auf dem Prüfstand der Europäischen Beihilfenkontrolle“, „International Antitrust Law & Policy“, „Public Private Partnership – Grundlagen und Praxisbeispiele“.

Regulierung Europäischer Gesundheitsmärkte/Europäisches Pharmarecht

Die Forschungsgruppe „Regulierung Europäischer Gesundheitsmärkte/Europäisches Pharmarecht“ setzte sich im Jahr 2005 mit einem Thema auseinander, mit dem sie schon im Vorjahr einen wissenschaftlichen Schwerpunkt gesetzt hatte: Die vertraglichen Gestaltungsmöglichkeiten der Leistungserbringung im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung, insbesondere im Hinblick auf eine Unterstützung der Kostenträger bei der Senkung ihrer Ausgabenlast. Dieses Ziel kann durch die Schaffung eines an wettbewerblichen Grundsätzen ausgerichteten Anbietermarktes befördert werden.

Im ersten Quartal 2005 stand der Hilfsmittelmarkt im Mittelpunkt der Forschungsarbeit, insbesondere die Frage der Ausschreibungspflicht für Selektivverträge zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern des Hilfsmittelsektors gemäß §127 Abs.2 SGBV. Diese Vorschrift normiert eine Ausschreibungspflicht, ohne jedoch zur Ausgestaltung eines entsprechenden Verfahrens weitere Regelungen zu treffen. Hier stellten sich verschiedene rechtliche Fragen, die auch Gegenstand zahlreicher – teilweise noch rechtshängiger – Gerichtsverfahren mit z.T. unterschiedlichen Ergebnissen sind: Sind Krankenkassen öffentliche Auftraggeber? Ist das europäische Vergaberecht damit auf deren Beschaffungstätigkeit anwendbar? Kommt es auf diese Einordnung überhaupt an, oder wollte der Gesetzgeber nicht vielmehr ein

Vergabeverfahren sui generis schaffen, das sich an den Grundsätzen des „klassischen“ Vergaberechts nur orientiert? Wie ist der Rechtsschutz der Wettbewerber in einem solchen Verfahren ausgestaltet? Prof. Dr. Christian Koenig hat am 17. März 2005 zu diesem Thema einen Vortrag an der Universität Hamburg im Rahmen einer Veranstaltung zum Thema „Die Rechtsstellung der Leistungserbringer im Sozialrecht“ gehalten. Das Thema war Gegenstand einer umfangreichen Publikation in der „Vierteljahresschrift für Sozialrecht“, Ausgabe 3/2005.

Wettbewerbsrechtliche Probleme hatte die Forschungsprojektgruppe insbesondere anlässlich eines Projektes zu Kooperationen (marktführender) Leistungserbringer zu lösen. Kooperationen werden im Leistungserbringermarkt mit dem Ziel gemeinsamer Vertragsverhandlungen und Vertragsabschlüsse mit den Kostenträgern zu einheitlichen Qualitätsstandards und einheitlichen Preisen vermehrt angestrebt. Hier musste die Frage beantwortet werden, ob ein Tatbestand der gemeinschaftsrechtlichen (EG-Fusionskontrollverordnung) und/oder nationalen Fusionskontrolle (§ 37 GWB) vorliegt.

Im weiteren Verlauf des Jahres verlagerte sich der Forschungsschwerpunkt in Richtung des Apothekenmarktes. Hier ging es insbesondere um die Frage der Umsetzung von Herstellerrabattvereinbarungen gemäß § 130a Abs. 8 SGB V. Diese Verträge werden zwischen pharmazeutischen Herstellern und Krankenkassen geschlossen und beinhalten eine Rabattierung von Arzneimitteln der vertragsbeteiligten Hersteller, wenn sie zu Lasten der vertragsbeteiligten Kostenträger abgegeben werden. Die Hersteller erhoffen durch derartige Vereinbarungen eine Ausdehnung ihrer Marktanteile, die Krankenkassen eine Senkung der Arzneimittelausgaben. Eine für beide Seiten nachhaltige Effektivität dieser Verträge wird aber erst dadurch gewährleistet, dass der Apotheker – als derjenige, der das Arzneimittel letztlich an den Versicherten abgibt und im Rahmen der Arzneimittelabgabe „aut-idem“ ein Wahlrecht unter Arzneimitteln verschiedener Hersteller hat – in diese Rabattvertragssystem eingebunden ist. Der Apotheker muss vertraglich verpflichtet werden, die Auswahl zugunsten der betroffenen „Vertragsarzneimittel“ zu treffen. Hierfür erhält er als anreizökonomisches Mittel ein sog. Koordinationshonorar, d.h. letztlich eine Beteiligung am durch die Krankenkassen erzielten Rabatt. Hier standen zahlreiche rechtliche Fragen zur Bewertung: Verstößt diese Verpflichtung des Apothekers gegen § 10 des deutschen Apothekengesetzes, der eine solche Bindung grundsätzlich untersagt? Oder handelt es sich nicht vielmehr um eine zulässige Erweiterung der „aut-idem“-Regelung (§ 129 Abs. 1 SGB V)? Sind derartige Rabattvereinbarungen auf die sog. besonderen Versorgungsformen (insbesondere die integrierte Versorgung gemäß §§ 140a ff. SGB V) beschränkt, oder auch als sog. „add-on-Verträge“ im Rahmen der Regelversorgung zulässig, wofür v.a. gesetzsystematische Gründe sprechen? Zu diesem Problemkreis sind zwei wissenschaftliche Arbeiten in den Ausgaben 6/2005 und 11/2005 der Zeitschrift „GesundheitsRecht“ erschienen.

Die Projektgruppe beschäftigte sich ferner mit der Frage der Unternehmenseigenschaft der Kostenträger der gesetzlichen Krankenversicherung (Krankenkassen) und dem davon abhängigen Problem der Anwendbarkeit der Vorschriften des europäischen Wettbewerbsrechts auf das Handeln der Krankenkassen. Anlass war die Auseinandersetzung mit den Kompetenzen des Gemeinsamen Bundesausschusses (§ 91 SGB V), in dem

Krankenkassen eine maßgebliche Rolle spielen und der u.a. den „Leistungskatalog“ der gesetzlichen Krankenversicherung festlegt und dadurch die Abrechenbarkeit bestimmter Leistungen zu deren Lasten regelt. Der Europäische Gerichtshof hat die Unternehmenseigenschaft der Krankenkassen abgelehnt, wenn sie bestimmte Handlungen vornehmen, nicht aber generell verneint. Von den Krankenkassen selbst wird das Urteil teilweise als „Freibrief“ für eine endgültige Ausklammerung aus der Anwendbarkeit wettbewerbsrechtlicher Normen verstanden. Im Rahmen der „Bad Orber Gespräche“ am 18. November 2005 in Berlin hat Prof. Dr. Christian Koenig zu diesem Thema einen Vortrag gehalten.

Des Weiteren wurde das Regionalprinzip in der Arzneimittelversorgung von Krankenhäusern im Lichte des Verfassungsrechts und des Gemeinschaftsrechts untersucht und ein damit zusammenhängendes (mittlerweile zunächst gescheitertes) Gesetzgebungsverfahren, das die Öffnung der Krankenhausversorgung für EG-ausländische Apotheken vorsieht, bewertet.

New Economics of Migration

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Professor Oded Stark (Jerusalem) führte das ZEI ein Forschungsprojekt über die wirtschaftlichen Determinanten internationaler Migration durch. Im Mittelpunkt des Projekts, an dem junge Wissenschaftler aus Europa und den USA beteiligt waren, standen die Ansätze der sog. New Economics of Migration, die sich auf bildungsökonomische Zusammenhänge konzentriert. Das Projekt endete mit einer Konferenz in Bonn am 30. September und 1. Oktober.

Marktstruktur und Regulierung von Medienmärkten

Gemeinsam mit dem CEPR (London) und der Universität Toulouse führte das ZEI ein Forschungsprojekt durch, das sich mit Fragen der Marktstruktur und Regulierung von Medienmärkten in Europa befasste. Das Projekt stand unter der wissenschaftlichen Leitung von Professor Paul Seabright (Toulouse). Ein Konferenzband mit den Ergebnissen des Projekts wird bei Cambridge University Press veröffentlicht.

Finanzmärkte in den neuen Mitgliedsländern der EU

Junior Fellow Birgit Schmitz arbeitet in ihrem Dissertationsprojekt an einer Untersuchung zur Bedeutung der Banken in der Transmission der Geldpolitik in den neuen EU Mitgliedstaaten. Sie zeigt in einer empirischen Untersuchung, daß der sog. Kreditkanal der Transmission keine bedeutende Rolle spielt. In einem weiteren Teil ihrer Dissertation beschäftigt sich Frau Schmitz mit der Frage, ob die Einführung der internationalen Standards der Bankenregulierung nach dem Ersten Basler Abkommen zu einer signifikanten Kontraktion des Kreditangebots in Europa geführt hat. Sie findet empirische Anzeichen dafür, dass die Banken aufgrund der Verschärfung der Eigenkapitalvorschriften im Rahmen dieses Abkommens ihre Kreditvergabe einschränken mussten. Dies liefert Hinweise darauf, dass die schwache Konjunkturerwicklung in Europa zu Anfang der

1990er Jahre durch die Kreditverknappung verschärft wurde. Frau Schmitz schloss ihre Dissertation im Winter 2005 erfolgreich ab und wechselte an das Institut für Internationale Wirtschaftspolitik an der Universität Bonn..

Regionale Entwicklung in den Beitrittsländern der EU

Senior Fellow Dr. Iulia Traistaru leitete ein Forschungsprojekt unter dem Titel "The Impact of European Integration and Enlargement on Regional Structural Change and Cohesion." Das Projekt wird aus Forschungsmitteln der EU Kommission finanziert und hat wissenschaftliche Partner in fünf anderen europäischen Ländern. Im Rahmen dieses Projekts werden durch Querschnittsanalysen über verschiedene europäische Staaten und Regionen die Effekte wirtschaftlicher Integration auf den Strukturwandel und den sozialen Zusammenhalt in den Regionen untersucht. Strukturwandel wird dabei v.a. an Indikatoren räumlicher und sektoraler Spezialisierung festgemacht. Ein wesentlicher Arbeitsschritt dieses Projekts besteht in der Erstellung einer gemeinsamen Datenbank.

Dr. Traistaru arbeitet ebenfalls in dem EU-finanzierten Projekt „Regional Labour Market Adjustment in Accession Countries“, das von dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung koordiniert wird und Partner aus Deutschland, Österreich, Irland, Großbritannien und den Niederlanden vereint. In Dr. Traistarus Teilprojekt geht es v.a. um die Frage der Flexibilität regionaler Arbeitsmärkte in den neuen Mitgliedstaaten.

Im Jahr 2005 gelang Frau Dr. Traistaru die Einwerbung eines großen Forschungsprojekts über das Wachstumsverhalten und die Determinanten des Wirtschaftswachstums in den Regionen Europas. Das Projekt wird von der Europäischen Kommission im Rahmen ihres 6. Rahmenprogramms finanziert. Beteiligt sind neben dem ZEI Universitäten aus verschiedenen Europäischen Ländern sowie aus China. Frau Dr. Traistaru wechselte zum Jahresende 2005 an das Economic and Social Research Institute in Dublin.

Forschungsgruppe III: „Makroökonomische Politik und Institutionen“

Fiskalpolitik und der Stabilitäts- und Wachstumspakt

Mit der Aussetzung des Defizitverfahrens gegen die Bundesrepublik im Herbst 2003 hat die Diskussion um den Stabilitäts- und Wachstumspakt in der EWU eine neue Dimension erreicht. Eine breite Diskussion um mögliche Reformen des Paktes ist in Gang gekommen. Das Spektrum der Argumente reicht dabei von der Forderung nach einer strikten Durchsetzung aller Regeln des Paktes bis zu verschiedenen Anregungen, wie der Pakt „weicher“ gestaltet werden kann. Die Diskussion um die fiskalische Disziplin in der EWU verweist schon seit langem immer wieder auf die Rolle der Finanzmärkte zur Überwachung und Einforderung ausreichender Disziplin. Wie weit Finanzmärkte das leisten, ist empirisch umstritten. ZEI Junior Fellow Kerstin Bernoth geht in einer gemeinsamen Arbeit

mit Ludger Schuknecht und ZEI Direktor Jürgen von Hagen dieser Frage nach. Aufgrund ökonomischer Untersuchungen mit neuem Datenmaterial kommen die Autoren zu dem Ergebnis, dass die Finanzmärkte die Kreditwürdigkeit von Regierungen differenziert betrachten und in der Zinsbildung für Staatsschuld berücksichtigen. Der Beginn der EWU hat diese Überwachungsfunktion nicht geschwächt.

In der Diskussion um fiskalpolitische Regeln und den Stabilitäts- und Wachstumspakt spielt schon lange die Frage eine Rolle, inwieweit numerische Grenzen für Defizite und Verschuldung die betroffenen Regierungen zur Manipulation ihrer Haushaltsführung veranlassen, um die wahre Neuverschuldung zu verschleiern. Die Erfahrung mit fiskalpolitischen Regeln in den USA zeigt, dass Regierungen dazu neigen, Verschuldungs- und Defizitgrenzen durch die Entwicklung neuer Finanzierungsformen zu unterlaufen, die statistisch nicht von den Grenzen erfasst werden. ZEI Junior Fellow Guntram Wolff und Professor Dr. Jürgen von Hagen untersuchen in einer gemeinsamen empirischen Arbeit, ob sich eine solche Tendenz auch in der europäischen Währungsunion feststellen lässt. Dafür berechnen sie ein statistisches Maß für kreative Buchführung, das auf dem Unterschied zwischen dem Haushaltsdefizit und der ausgewiesenen Zunahme der Staatsverschuldung beruht. Sie zeigen, dass europäische Regierungen seit Beginn der Währungsunion systematisch von kreativer Buchführung Gebrauch machen, wenn sie Gefahr laufen, aufgrund schlechter Einnahmenentwicklung die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu verletzen. Die Arbeit wurde in der angesehenen internationalen Zeitschrift *Journal of Banking and Finance* veröffentlicht.

Eine weitere Arbeit von Professor von Hagen vergleicht die Wirksamkeit von fiskalpolitischen Regeln in Europa und Japan. Diese Arbeit, die in der Zeitschrift *Monetary and Economic Studies* der Bank von Japan veröffentlicht wurde, zeigt, dass der Stabilitätspakt in Europa nach 1999 die Existenz ineffizienter, wahlpolitischer Zyklen der Finanzpolitik nicht verhindern konnte.

In einer weiteren Arbeit befasst sich ZEI Direktor Professor Dr. Jürgen von Hagen mit der Wirksamkeit von Ausgabenregeln für die Fiskalpolitik. Die Arbeit zeigt, dass numerische Ausgabenregeln im Gegensatz zu Defizitregeln wirksam sein können. Ihre Wirksamkeit hängt jedoch von dem politischen System eines Landes ab: Regelgebundene Politik funktioniert in Ländern, die typischerweise Mehrparteien-Koalitionsregierungen aufweisen. Sie funktioniert nicht in Ländern, die typischerweise Einparteien - Regierungen aufweisen.

Europäische Geldpolitik

Im Jahr 2005 setzte der EMU Monitor in zwei Pressekonferenzen im Juni und Dezember seine kritische Begleitung der europäischen Geldpolitik fort. Der EMU Monitor ist eine Gruppe von europäischen Makroökonomern, die zweimal jährlich zur Geldpolitik der EZB öffentlich Stellung bezieht. Angesichts der Tatsache, dass es auf europäischer Ebene eine formierte öffentliche Meinung derzeit noch nicht gibt, ist es Ziel des EMU Monitors, durch seine Stellungnahmen zu einer informierten öffentlichen Debatte über die Geldpolitik beizutragen. Der EMU Monitor veröffentlicht zu seinen Pressekonferenzen jeweils ein Positionspapier und eine Reihe von Hintergrundstudien. Mitglieder des EMU Monitors sind Casper

DeVries (Erasmus Universität Rotterdam), Patrick Minford (Cardiff University), Georg Rich (ehem. Chefökonom der Schweizerischen Nationalbank), Ronald MacDonald (Strathclyde University, Glasgow), ZEI Senior Fellow Manfred J. M. Neumann (Universität Bonn), und ZEI Direktor Jürgen von Hagen. Der EMU Monitor vertritt die Ansicht, dass die EZB ihre Geldpolitik stärker an der Entwicklung monetärer Aggregate ausrichten und somit ihren selbst gesetzten Referenzwert für das Geldmengenwachstum ernster nehmen sollte.

Mehrere Forschungsarbeiten dieser Forschungsgruppe befassen sich mit den Bedingungen der Geldpolitik in modernen Finanzmärkten. Junior Fellow Tai-kuang Ho beschäftigte sich in seinem Dissertationsprojekt mit Fragen der Stabilität des internationalen Finanzsystems und der Geldpolitik. In einer gemeinsamen Arbeit mit ZEI Direktor Jürgen von Hagen entwickelt er einen empirischen Indikator für Banken Krisen, mit dessen Hilfe sich Determinanten solcher Krisen empirisch bestimmen lassen. Das empirische Modell zur Prognose von Banken Krisen zeigt einen relativ hohen Grad an Vorhersagefähigkeit. Nach diesem Modell tragen institutionelle Faktoren wie eine explizite Depositenversicherung und makroökonomische Faktoren wie eine starke Überbewertung der Währung und hohe fiskalische Defizite signifikant zur Entstehung von Banken Krisen bei. Versionen dieser Arbeit wurden in Seminaren im In- und Ausland diskutiert. Die Arbeit wird in dem hoch angesehenen Journal of Money, Credit, and Banking veröffentlicht. .

Tagungen zur Europäischen Geldpolitik

Im Juni 2005 fand am ZEI die Jahrestagung des Ausschusses für Makroökonomik des Vereins für Socialpolitik statt. Der Ausschuß setzt sich zum Ziel, die makroökonomische Forschung in Deutschland auf internationalem Niveau voranzutreiben und dabei v.a. empirische Forschung zu fördern. Eine Reihe von Beiträgen zu der Gründungstagung stellten Analysen der makroökonomischen Entwicklungen in der Europäischen Währungsunion vor.

Vom 10. bis 13. Mai fand auf der Insel Reichenau (Bodensee) das 36. Konstanzer Seminar zur Geldtheorie und Geldpolitik statt. International führende Wissenschaftler auf dem Gebiet der monetären Makroökonomik trugen dort neue Forschungsarbeiten vor. Gastredner der traditionellen Policy-Session war der Gouverneur der Schwedischen Riksbank, Dr. Heikensten.

Forschungsgruppe IV: „Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der Sozialen Sicherheit“

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit bleibt auf absehbare Zeit die größte wirtschaftspolitische Herausforderung Europas. Seit einigen Jahren fordern internationale Institutionen wie die OECD ebenso wie zahlreiche Wirtschaftswissenschaftler und Vertreter der Wirtschaftspresse eine größere Flexibilität der Arbeitsmärkte in Europa, um dem Problem Herr zu werden. Der derzeitige Forschungsstand stützt diese Forderung allerdings kaum. Weder

theoretische noch empirische Analysen belegen überzeugend, dass Flexibilisierung zum Abbau der Arbeitslosigkeit beiträgt. Hinzu kommt, dass der Begriff der Flexibilität in der wirtschaftspolitischen Diskussion mit unterschiedlichen Inhalten belegt wird.

ZEI Junior Fellow Anna Iara untersucht die regionale Flexibilität der Löhne in den neuen Mitgliedstaaten. Sie zeigt, daß die Löhne flexibel genug sind, um Anpassungen des Arbeitsmarktes an Schwankungen der Arbeitsnachfrage zu ermöglichen. ZEI Senior Fellow Dr. Iulia Traistaru und Professor Dr. Jürgen von Hagen zeigen in einer gemeinsamen Studie, dass die Lohnflexibilität in den neuen Mitgliedstaaten ausreichend groß ist, um eine Mitgliedschaft dieser Länder in der Währungsunion zu ermöglichen.

Forschungsgruppe V: „Europas Rolle in der Welt“

Beratung beim Aufbau von European Studies in Asien.

Im Rahmen einer Tätigkeit als Berater für Europafragen und Gastprofessor konnte Prof. Dr. Ludger Kühnhardt vom 17. Februar bis zum 28. Juli 2005 die Graduate School for International Studies an der Seoul National University beim Aufbau ihres European Studies Programmes unterstützen. Neben ausführlichen Fachberatungen mit den koreanischen Kollegen und der Universitätsführung, aber auch mit Europa- und Integrationsexperten in der koreanischen Regierung konnte Prof. Kühnhardt graduate students durch auf ihre spezifischen Fragestellungen und Interessen hintergründe zugeschnittenen Lehrveranstaltungen in ihrem Studium der europäischen Integration unterstützen. Dabei war es für die Studenten, die nicht nur aus Korea, sondern auch aus China, den USA und Russland kamen, von besonderem Interesse, die Frage nach den Übertragungsmöglichkeiten der europäischen Integration auf die Konstellation der Staaten und Gesellschaften Ostasiens zu reflektieren. Auch in der koreanischen Regierung stieß diese Frage in den vielfältigen Beratungsgesprächen auf intensives Interesse. Der Aufenthalt auf Initiative und Einladung der koreanischen Seite war ein Zeichen der Wertschätzung der Bonner Universität und des internationalen Ansehens des ZEI. Die Seoul National University hat die Erträge der Beratungs- und Lehrtätigkeit von Prof. Dr. Ludger Kühnhardt in ein Konzept einfließen lassen, das die institutionelle Verankerung von European Studies an der SNU zum Ziel hat. Dieses Konzept wurde der Europäischen Union und dem Korea Research Council zur Finanzierung vorgelegt. Die Europäische Kommission hat unterdessen die finanzielle Förderung dieses Vorhabens über einen Zeitraum von fünf Jahren zugesagt

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt wurde in den neu initiierten Advisory Board für „European Studies in Asia“, der „Asia-Europe Foundation“ mit Sitz in Singapur berufen. Ziel des Beirats ist es, die verschiedenen Bemühungen um Europastudien in Asien besser zu koordinieren und die entsprechenden asiatischen Wissenschaftler in systematischeren Kontakt mit europäischen Wissenschaftlern zu bringen, die den europäischen Integrationsprozess

bearbeiten und stärker auch auf vergleichende Aspekte der Regionalbildung hingeführt werden sollen. Eine erste Planungssitzung für den Aufbau diverser Initiativen, darunter ein email-gestützter Newsletter und der Aufbau einer Datenbasis, fand am 19. Oktober 2005 in Singapur statt.

Ludger Kühnhardt: Northeast Asia: Obstacles to Regional Integration. The interests of the European Union (ZEI Discussion Paper, C 152/2005) beleuchtet die Schwierigkeiten eines möglichen nordostasiatischen Regionalisierungsprozesses und weist die EU auf die Notwendigkeit hin, eine authentische politische Strategie für die Region zu entwerfen und somit ihrem Anspruch, globaler Partner in Nordost- bzw. Ostasien zu sein, gerecht zu werden. Wesentliche Ursachen für eine momentane „Regionalisierung ohne Regionalismus“ in Nordostasien liegen im gegenseitigen politischen Misstrauen, dem Festhalten an klassischen Prinzipien asiatischer Großmachtspolitik und fundamental verschiedenen politischen Kulturen. Eine Transformation der EU-Politik gegenüber den ASEAN+3 Partnern ermöglichte die Erweiterung des außenpolitischen Horizonts der EU und läge darüber hinaus in ihrem inhärenten sicherheitspolitischen Interesse.

Euro-Mediterraner Dialog

Basierend auf den Mittelmeer-Aktivitäten der letzten Jahre lud das ZEI aus Anlass des zehnjährigen Bestehens der Euro-Mediterranen Partnerschaft namhafte Experten aus Europa dazu ein, den Prozess in seinen einzelnen Facetten zu evaluieren. Besonderes Augenmerk wurde dabei vor allem auf „lessons learned“ und die Formulierung der als notwendig erachteten Weiterentwicklungen der kommenden Jahre gelegt. Das Projekt fand im Rahmen der Aktivitäten der Euro-Mediterranean Study Commission (EuroMeSCo) statt. Die Beiträge sind im ZEI Discussion Paper C 154 publiziert Andreas Marchetti (Hrsg.): Ten Years Euro-Mediterranean Partnership. Defining European Interests for the Next Decade (ZEI Discussion Paper, C 154/2005). Ausgehend von einer Evaluierung der ersten zehn Jahre des Barcelona-Prozesses, der im November 1995 initiiert wurde, thematisieren die in diesem Discussion Paper veröffentlichten Artikel vor allem die zukünftigen Herausforderungen für die europäische Mittelmeerpolitik. Neben den Perspektiven eines einheitlichen Konzepts für die gesamte Region („Greater Middle East“) widmen sich die Beiträge in fächerübergreifender Weise der innen- und außenpolitischen, kulturellen und wirtschaftlichen Dimension der Mittelmeerpartnerschaft und leisten damit einen Beitrag zur Formulierung weiterführender Ansätze vermittelt konkret Policy-Empfehlungen (Autoren: Stephen Calleya, Andreas Marchetti, Jan J. Michalek, Ludger Kühnhardt, Martin Ortega).

Tobias Schumacher: Die Europäische Union als internationaler Akteur im südlichen Mittelmeerraum. Zum Verhältnis von „Actor Capability“ und EU-Mittelmeerpolitik, Baden-Baden: Nomos 2005, ISBN 3-8329-1130-8 (Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung, Band 63). Die letzte im deutschsprachigen Raum erschienene Monographie zur Mittelmeer-Politik der EG/EU stammt aus dem Jahr 1983. Seither ist jedoch keine Studie mehr vorgelegt worden, welche die euro-mediterrane Verklammerung umfassend sowohl aus empirischer als auch aus theoretisch-konzeptioneller Perspektive untersucht und in Relation zu den strukturellen und institutionellen Charakteristika der EG/EU setzt. Diese Forschungslücke versucht der Autor der vorliegenden

Studie, Dr. Tobias Schumacher, Research Fellow und Koordinator des Mediterranean Programme am Robert Schuman Centre for Advanced Studies des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz, unter Zugrundelegung des 1977 von Gunnar Sjöstedt vorgestellten und vielfach übersehenen Konzepts der Actor Capability zu schließen. Mit Hilfe dieses analytischen Instruments wird versucht, dem interessierten Leser vertiefte Kenntnisse über den euro-mediterranen Kooperationsrahmen sowie den südlichen Mittelmeerraum zu vermitteln und gleichzeitig einen Erklärungsansatz dafür anzubieten, warum die EU-Mittelmeer-Politik in ihrer mehr als vierzigjährigen Geschichte immer wieder unter erheblichen Reformdruck geraten ist.

Türkei - EU

Mit der Entscheidung des Europäischen Rates vom 17. Dezember 2004 zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei im Jahr 2005 verstärkte sich der öffentliche Diskurs über Für und Wider einer EU-Mitgliedschaft der Türkei grundlegend. Da die Diskussionen in der EU und in der Türkei bisher nur marginal miteinander verbunden sind, führten ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt und Andreas Marchetti, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, vom 10. bis 14.01.2005 eine Informationsreise durch die Türkei durch, um mit verschiedenen Persönlichkeiten des öffentlichen und akademischen Lebens in einen intensiven Meinungsaustausch zu treten, der es dem ZEI ermöglichte, in seinen Analysen auch die türkische Perspektive besser zu berücksichtigen. In Antalya erfolgte ein intensives Gespräch mit Msgr. Rainer Korten, dem ersten in der Türkei mit offizieller türkischer Arbeitsgenehmigung tätigen katholischen Priester, sowie über Vermittlung von ZEI Senior Fellow Dr. Erol Esen eine Begegnung mit dem Deutsch-Türkischen Akademikerverein. Ein Meinungsaustausch mit Vertretern der Ecriyes Universität fand in Kayseri statt. In Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Atila Eralp, Jean Monnet Professor am Center for European Studies der Middle East Technical University (METU) hielt Prof. Dr. Ludger Kühnhardt an der METU einen Workshop über das Verhältnis der EU zur Türkei nach der Entscheidung des Europäischen Rates vom 17. Dezember 2004 ab.

Mit dem zwischenzeitlich erfolgten Beginn von Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei am 3. Oktober 2005 traten die gegenseitigen Beziehungen in eine neue Phase ein. Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung begleitet den Verhandlungsprozess kontinuierlich mit der Publikation des ZEI EU-Turkey-Monitor (ISSN 1817-1729). Der Monitor, der in enger Zusammenarbeit mit türkischen Kollegen entsteht, erscheint dreimal im Jahr und wendet sich an Politiker und Wissenschaftler als auch an die interessierte Öffentlichkeit. Der ZEI EU-Turkey-Monitor versteht sich dabei als Medium zur Stärkung des gegenseitigen Dialogs und der vertieften Kenntnis des jeweiligen Partners. Die erste Ausgabe des ZEI EU-Turkey-Monitor erschien unter Betreuung von ZEI-Mitarbeiter Andreas Marchetti und Volkan Altıntaş (Akdeniz Universität, Antalya) zum Beginn der Beitrittsverhandlungen im Oktober 2005.

ZEI-Mitarbeiter Andreas Marchetti nahm am 01.02.2005 an einem Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung (Abt. Studienförderung) zum Thema „Türkei – ein europäisches Land?“ Die Beziehungen der EU zur Türkei im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft in Bonn teil.

Dr. Erol Esen, Leiter des „Zentrums für Europäische Studien der Akdeniz Universität“ in Antalya verfasste das ZEI Discussion Paper C147/2005: Grundzüge der Kommunalverwaltung und die europäische Integration der Türkei. Er legt die Ergebnisse einer Befragung zu den Strukturen der türkischen Kommunalverwaltung vor dem Hintergrund der EU-Beitrittsperspektive vor. Besonderes Augenmerk legt der Verfasser auf die Einstellungen von höheren Verwaltungsbeamten zum Thema EU-Mitgliedschaft und der hierzu notwendigen Anpassungen.

Im Zeitraum September bis Dezember 2005 hielt sich Frau Dr. Anne Sophie Krossa zu einem Forschungsaufenthalt am ZEI auf. Ihr Aufenthalt schloss sich direkt an ihr Promotionsverfahren an, so dass er in erster Linie für die Entwicklung eines sogenannten ‚Postdoc-Projektes‘, also dem Ausarbeiten eines anschließenden Forschungskonzeptes diente. Dieses machte unter dem Titel „Politisierung von Religion: Konfliktdiskurse um einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union aus der Perspektive soziologischer Integrationstheorien. Ein Vergleich deutscher, britischer und polnischer Perspektiven“ in dieser Periode erhebliche Fortschritte. Das gilt zum einen in inhaltlich-konzeptioneller Hinsicht, zum anderen und parallel bezüglich der in dieser Phase zentralen Aufgabe der Materialsammlung. Darüber hinaus konnten mehrere Artikel nahezu oder gänzlich fertig gestellt werden, die nun vorgeschlagen werden. Ebenfalls hat Frau Krossa in dieser Zeit ein internationales Forum für Soziologen und an soziologischen Fragen Interessierte zur Region Ost- und Ostmitteleuropa gegründet. Die Reaktionen zeigten, dass dies ein Desiderat in der Forschungslandschaft war, insbesondere auch unter dem Aspekt der Kooperation. Es ist unter der Internet-Adresse <http://forum.cee-socialscience.net/kbforum/mvnforum/listforums> zugänglich. Auch erste Vorbereitungen für eine Tagung der Forumsmitglieder konnten getroffen werden. Außerdem unterrichtete sie im Dezember ein Modul im ZEI-Master-Studiengang unter dem Titel „European identity in an integrating European Union: Comparing Poland, Hungary and the Czech Republic“.

Südosteuropa

BRIE-Rousse: Das ZEI hat sich auch im Jahr 2005, in Kooperation mit der Hertie-Stiftung und der HRK, mit großem Engagement dem Aufbau des Bulgarisch-Rumänischen Interuniversitären Europazentrums(BRIE) in Rousse gewidmet. Dr. Mintchev hielt ständigen Kontakt und traf sich zu Beratungen mit den BRIE-Gremien und den BRIE-Konsortialpartnern TU Chemnitz, Viadrina Frankfurt/Oder, Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Universität Rousse und der Akademie der Wissenschaften (ASE) in Bukarest. Daneben stand die wissenschaftliche Betreuung der Hertie-Stipendiaten sowie der anderen Studenten des Lehrganges „Europastudien“ am BRIE in Rousse im Vordergrund. Die Hertie-Koordinationsstelle am ZEI hat bis zum Auslaufen der vertraglich zwischen der Hertie-Stiftung und der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn für den Zeitraum 1.1.2003 bis 31.12.2005 vereinbarten Zusammenarbeit das Europastudienprogramm des Bulgarisch-Rumänischen Interuniversitären Europazentrums BRIE in Rousse (Bulgarien) wissenschaftlich begleitet und betreut. Nachfolgend geben wir einen Überblick über die wichtigsten Punkte der Aktivitäten während des Zeitraumes November 2004 bis Dezember 2005.

Die Vorlesungen am BRIE-Rousse im Rahmen der „Fliegenden Fakultät“ des ZEI als Bestandteil des Lehrprogramms wurden von der Hertie-Koordinationsstelle am ZEI organisiert und haben eine ausgesprochen positive Resonanz unter den Studenten gefunden. Im Wintersemester 2004/05 und im Sommersemester 2005 haben drei Dozenten am BRIE Rouse referiert: Dr. Emil Mintchev, Prof. Dr. Tim Beichelt (Viadrina), Dipl.-Geogr. Janusz Musial (ZEI). Im Wintersemester 2005/06 waren weitere drei Vertreter der Universität Bonn als Gastdozenten am BRIE in der Zeit vom 16.11.2005 bis zum 20.11.2005 tätig: Prof. Dr. Dittmar Dahlmann, Dr. Emil Mintchev, M.A. Milan Kosanovic.

Vom 16.11. bis zum 20.11. 2005 besuchte eine Gruppe von Vertretern der Universität Bonn unter der Leitung von Prof. Dr. Dittmar Dahlmann das Bulgarisch-Rumänische Interuniversitäre Europazentrum (BRIE) in Rouse mit dem Ziel, die mögliche weitere Zusammenarbeit der Universität Bonn mit BRIE Rouse unter dem Dach des Seminar für Osteuropäische Geschichte ab 2006 vorzubereiten. Weitere Teilnehmer der Reise waren Dr. Emil Mintchev (Leiter der Hertie-Koordinationsstelle am ZEI) und Herr Milan Kosanovic, Lehrbeauftragter der Universität Bonn. Der Besuch wurde im Rahmen der „Fliegenden Fakultät“ der Universität Bonn organisiert und hatte unter anderem die Aufgabe, den neuen Studenten am BRIE Rouse Vorlesungen deutscher Dozenten anzubieten. So wurden am 17. und am 18.11.2005 Vorlesungen zu folgenden Themen abgehalten:

- Prof. Dr. Dittmar Dahlmann: „Deutsch-jugoslawische Wirtschaftsbeziehungen in den Fünfziger und den Sechziger Jahren“
- Milan Kosanovic: „Triplex Confinium auf dem Balkan und im Kaukasus. Einige Überlegungen zur Geschichte, Grenzen und Menschen“
- Dr. Emil Mintchev: „Der Verhandlungsprozess der EU mit Bulgarien und Rumänien. Ein Ende ist noch nicht in Sicht“

Mit der Leitung des BRIE Rouse und mit dem Rektor der Universität Rouse wurden drei Gespräche durchgeführt, wobei seitens der bulgarischen Partner auf die große Notwendigkeit der weiteren akademischen Betreuung des BRIE Projektes durch die Universität Bonn hingewiesen wurde.

Vom 03. bis zum 05. Juli 2005 wurde in Zusammenarbeit mit dem ZEI am BRIE in Rouse ein Symposium über die grenzüberschreitende Kooperation in Südosteuropa organisiert. Das Ziel der Veranstaltung war, den Studenten aus BRIE Rouse und BRIE Giurgiu gemeinsam und anhand der Erfahrungen bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der EU neue Perspektiven für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Südosteuropa zur Diskussion zu stellen. Die aktive Beteiligung der BRIE Studenten ist ein Indiz für die große aktuelle Bedeutung solcher Veranstaltungen. Im ersten Teil des Symposiums präsentierten die Dozenten des ZEI, Dipl.-Geogr. Janusz Musial, der Universität Bonn Dr. Marcus Höreth und der Technischen Universität in Chemnitz, Dr. Bernhard Köppen ihre Vorträge im Panel „The Cross-border Cooperation within EU“. Im zweiten Teil, der unter dem Titel „Cross border Cooperation in South Eastern Europe. Reality and Perspective“ stand, wurden die aktuellen Probleme der grenzüberschreitenden Kooperation in der Region diskutiert, an dem sich Mimi Kornazheva, Direktorin des BRIE, Dr. Emil Mintchev vom ZEI, Lilly Gantcheva, Vertreterin der Euroregion Danubius sowie BRIE-Studenten Fatbardha Causi aus Albanien und Julia Pop aus Rumänien mit ihren Vorträgen beteiligt haben.

Die Hertie-Koordinationsstelle am ZEI hat das Treffen der Curriculum Arbeitsgruppe der BRIE Konsortialpartner am 24.05.2005 am BRIE Rouse mitorganisiert. Teilnehmer waren: Dr. Thomas Steger (Technische Universität Chemnitz), Ulrich Räther (Viadrina), Dr. Emil Mintchev (Hertie-Koordinationsstelle am ZEI), Dr. Penka Angelova, Dr. Juliana Popova. Frau Mimi Kornazheva (alle BRIE Rouse, BRIE Giurgiu).

Die Hertie-Koordinationsstelle am ZEI war bei der Auswahl der neuen Studenten 2005 durch die Auswahlkommission am 20.7.2005 am BRIE Rouse vertreten. Die Koordinationsstelle hat den Studenten der zweiten Kohorte wie im vorigen Jahr Hilfe bei der Auswahl der Themen für ihre Magisterarbeit geleistet. Dr. Mintchev war Konsultant von Herrn Ion Marandici bei der Vorbereitung seiner Magisterarbeit. Dr. Mintchev war ebenfalls Mitglied der Prüfungskommission bei der Verteidigung der Magisterarbeiten am 14.10.2005 und am 03.12.2005 am BRIE Rouse .

Die Sommerschule für die BRIE Studenten im Jahre 2005, vorbereitet und durchgeführt von der Hertie-Koordinationsstelle am ZEI, fand vom 6. bis zum 13.10.2005 in Bonn am ZEI statt. Zum ersten Mal wurde eine Visite bei den EU-Institutionen in Brüssel und bei dem NATO-Hauptquartier in Mons mit den entsprechenden Vortragsrunden organisiert. Alle Teilnehmer fanden diese Aufwertung der traditionellen Sommerschule extrem positiv und nützlich für ihr Studium, was für die weitere Durchführung der Sommerschulen in diesem Format spricht.

Vom 26. bis 27.11.2005 fand in Rouse die Jahrestagung des BRIE Beirats statt, wobei die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn durch den Rektor, Prof. Dr. Matthias Winiger, vertreten war. Dr. Emil Mintchev berichtete über die Aktivitäten der Hertie-Koordinationsstelle am ZEI und über eine mögliche, über die mit dem ZEI vereinbarte Kooperationszeit am 31.12.2005 hinausgehende weitere Kooperation des BRIE mit dem Seminar für Osteuropäische Geschichte der Universität Bonn.

Die Hertie-Koordinationsstelle am ZEI hat intensive Kontakte mit den Hertie-Stipendiaten gepflegt. Bei allen Besuchen in Rouse wurden ausführliche Gespräche mit den Hertie – Fellows geführt. Zu den regelmäßigen Tätigkeiten von Bonn aus gehörte: Das Büro benachrichtigte alle neu ernannten Hertie-Stipendiaten, stellte den ersten Kontakt zu BRIE her und bemühte sich, den neuen Stipendiaten bei den Visa- Formalitäten zu helfen. Falls im Laufe des Studiums irgendwelche Probleme auftraten, stand die Hertie-Koordinationsstelle am ZEI regelmäßig den BRIE Studenten zur Verfügung. Mit dem 31.12.2005 endete die vertraglich auf drei Jahre vereinbarte Zusammenarbeit zwischen der Hertie-Stiftung und dem Zentrum für Europäische Integrationsforschung.

Dr. Hansjörg Eiff, Senior Fellow am ZEI, schreibt in dem ZEI Discussion Paper C144/2005 „Zum Problem des Kosovo Status“: Die Entscheidung über den Kosovo-Status liegt seit dem Kosovo-Krieg im Frühjahr 1999 in formeller Hinsicht beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Allerdings tut sich die internationale Gemeinschaft im wesentlichen aus drei Gründen mit der Entscheidung über den endgültigen Status des Kosovo schwer. Erstens ist die Grunddisposition der beiden Konfliktparteien äußerst gegensätzlich. Zweitens besteht in der Kosovo-

Frage eine zunehmende Diskrepanz zwischen der Realität und dem Völkerrecht und drittens wird die Regelung dadurch erschwert, daß die inneren Strukturen des Kosovo auch fünf Jahre nach Kriegsende nicht gefestigt sind und die wirtschaftliche Lage katastrophal ist. Vier mögliche Lösungen existieren: Kosovo als Teil Serbiens oder der Staatenunion Serbien und Montenegro, Kosovo als selbständiger Staat, Teilung des Kosovo und schließlich Teilung des Kosovo zwischen Serbien und Albanien. Eiff kommt zu dem Schluss, dass sich die Staatengemeinschaft nach Möglichkeit direkt für die Unabhängigkeit des Kosovo als Entwicklungsperspektive entscheiden solle.

Ashkaan Rahimi, Junior Fellow am ZEI, hat das ZEI Discussion Paper C142/2005: „The Evolution of EU Asylum Policy Europa“ verfasst, das im Inneren immer mehr Freizügigkeit gewährt, sah sich durch seine Entgrenzung dazu genötigt, Maßnahmen zu ergreifen, um den Zugang von Drittstaaten zur EU stärker zu regeln. Asylpolitik ist ein wesentlicher Bestandteil von Einwanderungspolitik. Während die europäischen Staaten in einigen Bereichen große Teile ihrer Souveränität auf die europäische Ebene übertragen haben, stellt die Asylpolitik ein Gebiet dar, in dem sie weiterhin sehr auf die Wahrung nationaler Rechte bedacht sind. Das Discussion Paper verfolgt die Entwicklung von einem Flickenteppich nationaler Asylpolitiken hin zu den Anfängen eines europäischen Ansatzes, ein Prozess, der bis in die 1970er Jahre zurückreicht und besonders mit den Schengener und Dubliner Abkommen Kontur gewonnen hat. Die Rolle supranationaler als auch intergouvernementaler Akteure in der Formulierung einer europäischen Asylpolitik werden zusätzlich untersucht. Hieraus werden Gründe für die an sich restriktive Asylpolitik vor dem Hintergrund der Erweiterung und des Politiktransfers auf neue EU-Mitglieder abgeleitet. Zum Abschluss stellt der Autor einige Empfehlungen zur noch jungen Gemeinsamen Asylpolitik zur Diskussion.

Am 27.06.2005 nahm ZEI-Mitarbeiter Andreas Marchetti an einem EU Sommerseminar für angehende Diplomaten und Regierungsbedienstete aus Zentralasien und dem Kaukasus am ZEI in Bonn teil. Es wurde das Thema „Die Mittelmeer- und Nahost-Politik der EU“ behandelt.

Ukraine und Europa

ZEI Europaforum, 24. Februar 2005: Dr. Geert-Hinrich Ahrens, Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine. Ein Neuanfang? „Es war die schwierigste, längste und umfangreichste Wahlbeobachtungsmision der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa).“ So schilderte der Leiter dieser Mission, ZEI Senior Fellow Dr. Geert-Hinrich Ahrens, die Beobachtung der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine 2004 und seine Eindrücke während des fünfmonatigen Einsatzes in Kiew. Im Rahmen des ersten ZEI-Europaforum in 2005 berichtete er über den turbulenten Machtwechsel in dem großen, vom westlichen Europa leider wenig beachteten Nachbarland mit einer alten europäischen Tradition. In einem lebhaften, interessanten Vortrag stellte Dr. Ahrens, langjähriger deutscher Diplomat und Botschafter a.D., die politischen und logistischen Herausforderungen dar, mit denen die von ihm geleitete OSZE-Wahlbeobachtungsmision während der langen Phase der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine fertig werden musste. Er wies auf die schwierige innenpolitische Lage der Ukraine hin, die von einem Ost-West-Gegensatz in dem Land gekennzeichnet sei, und skizzierte die ukrainische

Gesellschaft auf ihrer Suche nach einer neuen, postsowjetischen nationalen Identität. Der friedliche Ausgang des innerukrainischen Konflikts nach den vorherigen Wahlmanipulationen habe die Reife der ukrainischen Zivilgesellschaft bewiesen. Das Land wünsche die Anbindung an Europa und zugleich die Neudefinition seiner besonderen Position zwischen Russland und dem Westen.

Geert-Hinrich Ahrens: Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine. Die schwierige Mission der OSZE/ODHIR-Wahlbeobachter (August 2004- Januar 2005) (ZEI Discussion Paper, C 151): Das vom Leiter der OSZE/ODHIR-Wahlbeobachtungskommission zu den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine Dr. Geert-Hinrich Ahrens, Botschafter a.D. und ZEI Senior Fellow, verfasste Discussion Paper kommentiert und beleuchtet Ereignisse, Herausforderungen und Probleme der Präsidentschaftswahlen und ihrer Beobachtung in der Ukraine von August 2004 bis Januar 2005. Den Wahlkampf prägten inner-ukrainische Propaganda und Versuche internationale Einflussnahme. Die ODHIR-Wahlbeobachtung, deren Neutralität es zu behaupten galt, wies auf erhebliche Problemlagen in der Wahlpraxis hin, betonte aber auch die erstaunliche demokratische Reife der ukrainischen Zivilgesellschaft.

Europäische Außen- und Sicherheitspolitik

Andreas Marchetti, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, widmet sich in seiner Dissertation den Mechanismen, die zur Schaffung und Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) führen. Dabei untersucht er hauptsächlich die Politiken der hierfür maßgeblichen EU-Mitgliedstaaten, vornehmlich Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens. Die ESVP, deren Entwicklung von der britisch-französischen Übereinkunft in St. Malo Ende 1998 bis zur Einigung auf eine europäische Verfassung im Juni 2004 den Untersuchungsrahmen bildet, stellt nach der Realisierung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion eines der dynamischsten Politikfelder innerhalb der europäischen Integration dar. Allerdings ist auch hier zu beobachten, dass die einzelnen nationalstaatlichen Interessen und damit die jeweiligen Zielvorstellungen kaum konvergent sind. Des ungeachtet erfolgt nachweisbar ein stufenweises Voranschreiten der Integration. Die Dissertation will daher am Beispiel der ESVP aufzeigen, wie die Mechanismen beschaffen sind, die überhaupt Integration stattfinden lassen.

Transatlantische Beziehungen

Samuel Wells/Ludger Kühnhardt: The Crisis in Transatlantic Relations (ZEI Discussion Paper, C 143/2005): Trotz der Bruchstellen und Auseinandersetzungen der letzten Jahre bleiben die transatlantischen Beziehungen weiterhin so wichtig wie eh und je. Die noch nicht lange zurückliegenden Dissonanzen dürfen keinesfalls überbewertet werden, schließlich sind die Gemeinsamkeiten größer als die Divergenzen. Dennoch müssen sich die Partner beiderseits des Atlantiks bewusst werden, dass die transatlantischen Beziehungen gerade heute stetiger Pflege bedürfen, schließlich ist die Beziehung nicht mehr die einzig mögliche, wie noch zu Zeiten des Kalten Krieges. Diese Statements skizzieren die Ergebnisse des Woodrow Wilson European Alumni Meetings, das führende Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft vom 9. bis

11. September 2004 am Zentrum für Europäische Integrationsforschung zusammenführte, um gemeinsam über die aktuelle „Krise“ zu beraten. Jetzt liegen die Erträge der Konferenz als ZEI Discussion Paper vor. Während sich in der Diskussion die Überzeugung herauskristallisierte, dass die gemeinsamen Werte mit dem Ende des Kalten Krieges schwächer konturiert seien, waren die Teilnehmer darüber uneins, inwieweit die Regierungssysteme tatsächlich unterschiedlich seien. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit stellt weiterhin einen Eckstein aber auch gleichzeitig den am meisten unterschätzten Teil der wechselseitigen Beziehungen dar, wobei aber gerade die gelegentlichen Handelsstreitigkeiten zwischen den beiden wirtschaftlichen Riesen häufig hochstilisiert werden. Mit Blick auf Europas östliche Nachbarn haben beide Seiten, Europa wie USA, je eigene Vorstellungen von Sicherheit und Stabilität, können ihre Ziele aber nur mittels einer effektiven Zusammenarbeit in einem transatlantischen Rahmen erreichen. Amerika wird weithin als die kulturelle Vorhut in den Beziehungen gesehen, auch wenn diese Ansicht in Europa nicht unwidersprochen ist. Fest steht aber in jedem Falle, dass die beiden kulturellen Sphären aufeinander angewiesen sind. Die strategischen Kulturen Amerikas und Europas sind zwar unterschiedlich, doch muss diese Feststellung dadurch ergänzt werden, dass auch die europäischen Partner untereinander zum Teil sehr unterschiedliche Konzeptionen haben. Der Unterschied ist daher weniger in einem transatlantischen Kontext zu verorten, als vielmehr in einem europäischen. Letzten Endes haben aber sowohl Europa als auch Amerika die gleichen Sicherheitsbedürfnisse, die sie nur gemeinsam sicherstellen können.

Johannes Beverungen beschäftigt sich in Band 61 der Nomos-Schriftenreihe des Zentrum für Europäische Integrationsforschung mit der Trilateral Commission: „Elite Planning Organizations. Tradition, Charakteristika, Implikationen der Trilateral Commission“. Die Trilateral Commission ist eine NGO, die sich ihrem Selbstverständnis nach als private politische Vereinigung mit Netzwerkcharakter versteht und den Anspruch erhebt, als "Elite planning Organization" zu gelten. Die vorliegende Studie zeichnet die Geschichte, Organisation und Wirkungsweise der Trilateral Commission nach. Die Arbeit wird ergänzt durch umfangreiches Dokumentationsmaterial.

ZEI Senior Fellow Dr. Franz-Josef Meiers diskutiert in seinem Aufsatz „Die deutsch-amerikanische Beziehungen: Zwischen Partnerschaft und Widerspruch (1945-2005)“ die Ursachen für die zunehmende Entfremdung zwischen Bonn/Berlin und Washington und zeichnet die wesentlichen Stationen der deutsch-amerikanischen Beziehungen in zeithistorischer Perspektive vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Irakkrieg nach. Der Aufsatz erscheint unter dem Titel: „L'Allemagne et ses partenaires anglo-saxons, in: Claire Demesmay und Hans Stark (dir.), Qui sont les Allemands?“. Der Sammelband erscheint im Herbst 2005 bei Presses universitaires du Septentrion.

Im Rahmen der 12. Transatlantic Summer Academy (TASA) am 29. Juni 2005 am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) in Bonn nahm Dr. Meiers an der Panel Discussion zum Thema "The Future of Turkey in Europe" sowie zum Thema „Old vs. New Europe? European Security and Defense Policy vs. NATO?“ teil.

ZEI Senior Fellow Dr. Franz-Josef Meiers überarbeitete und aktualisierte seine Habilitationsarbeit zu dem Thema „Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der

Bundesrepublik Deutschland im euro- atlantischen Handlungszusammenhang, 1990-2000“ und brachte diese in eine druckfertige Fassung, die im Herbst 2005 vom Verlag Schöningh, Paderborn, herausgegeben werden wird. Am 26. Januar 2005 erlangte Dr. Franz-Josef Meiers die Venia Legendi im Fach Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Internationale Beziehungen des Fachbereich 6 Erziehungswissenschaften und Sozialwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Thema des Habilitationsvortrages am 26. Januar 2005: Der Wandel des transatlantischen Bündnisses nach dem Ende des Ost-West Konflikts.

Dr. Franz-Josef Meiers befasste sich in einem weiteren Forschungsprojekt mit der „Reform der Bundeswehr“. Das Forschungsprojekt geht der Frage nach, ob nach dem Personalstrukturmodell 340.000 unter Verteidigungsminister Volker Rühle (1994-1998) und der Erneuerung der Bundeswehr von Grund auf unter Rudolf Scharping (1998-2002) die Transformation der Bundeswehr strukturell, materiell und finanziell die Voraussetzungen schafft, damit die deutschen Streitkräfte den grundlegend veränderten Anforderungen eines funktional und geografisch erweiterten Aufgabenspektrums für gemeinsame Operationen mit Verbündeten und Partnern qualitativ entsprechen und Deutschland in einer komplexeren Welt seine außenpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten und seine Sicherheitsinteressen im multilateralen Zusammenhang wahren kann. Begleitend zu seiner Projektarbeit veröffentlichte Dr. Meiers folgende Publikationen zu dem Projektthema: Die Transformation der Bundeswehr, Österreichische Militärische Zeitschrift, 42 (November/ Dezember 2004, 6, S. 681-688) sowie La transformation de la Bundeswehr, in: Claire Demesmay et Hans Stark (dir.), Radioscopie de l'Allemagne, Institut français des relations internationales, Paris, (Dezember 2004, S. 187-203); Germany's Defence Choices, Survival, 47 (Frühjahr 2005, 1, S. 153-165); Zur Transformation der Bundeswehr, Aus Politik und Zeitgeschichte, (23. Mai 2005, 21, S. 15-22.).

In seiner Publikation „Die „NATO Response Force“ und die „European Rapid Reaction Force“: Kooperationspartner oder Konkurrenten?, in: Johannes Varwick (Hrsg.): Die Beziehungen zwischen NATO und EU. Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, (Verlag Barbara Budrich, Opladen 2005, S. 119-138) befasst sich Dr. Meiers mit den Ambitionen der EU, auch im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu einer „Supermacht“ zu werden, werfen die Frage nach der künftigen Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen der NATO und der EU, insbesondere der NATO Response Force (NRF) und der European Rapid Reaction Force (ERRF) auf. Entwickelt sich die EU zu einer „Supermacht“ (Blair), die unabhängig von den USA ihre Interessen durchsetzen wird? Treten NRF und ERRF unvermeidlich als Konkurrenten auf oder ist eine komplementäre Aufgabenteilung zwischen ihnen möglich? Kann die ERRF gegen den Willen der NATO bzw. der USA eingesetzt werden oder setzt deren Einsatz eine Zustimmung der Bündnispartner voraus?

Am 17./18.06.2005 nahm Andreas Marchetti, wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, an dem Berliner Sommerdialog 2005 der Stiftung Entwicklung und Frieden: „Sicherheit durch Demokratisierung im Nahen und Mittleren Osten. Erfolg versprechende Strategie oder nur westliche Propaganda?“ in Berlin teil. Am 24.06.2005 war er als Diskutant im Panel „The Role of External Actors“, der ARI Movement's 7th International Security Conference: „Democratization and Security in the Wider Middle East“ in Istanbul eingeladen.

Dialog der Kulturen

Ludger Kühnhardt/Mamoru Takayama (Hrsg.), Menschenrechte, Kulturen und Gewalt. Ansätze einer interkulturellen Ethik, in Kooperation mit der Hermann und Marianne Straniak Stiftung, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 64, Nomos Verlag, Baden-Baden 2005, 474 Seiten. Der interkulturelle Dialog zwischen dem Westen und ostasiatischen Intellektuellen ist nicht unberührt geblieben von den geistigen Folgen der Auseinandersetzung mit dem internationalen Terrorismus. In Fortsetzung eines weitbeachteten Dialogprojektes, den das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) gemeinsam mit der Hermann und Marianne Straniak Stiftung realisiert hat, legen jetzt renommierte Geisteswissenschaftler aus Europa und Ostasien, angesichts der zeitaktuellen Umstände ergänzt durch gewichtige Stimmen aus den USA und aus der arabischen Welt, Reflexionen über Grundfragen im Schnittpunkt von menschenrechtlichen Begriffen, kulturellen Deutungen und der Gewaltproblematik vor. Der einzigartige Charakter dieser Anthologie besteht in der dialogischen Kommentierung, die jeder Beitrag durch einen Autor aus dem jeweils anderen Kulturraum erfahren hat. Damit leistet dieser Band einen bahnbrechenden Beitrag zu einem authentischen Dialog der Kulturen.

Die Globalisierung des Regionalismus - Europa und Lateinamerika

Miguel E. Cárdenas und Christian Arnold stellen in ihrem ZEI Discussion Paper C145/2005: La experiencia de la Unión Europea y sus anécdotas para la « Comunidad Andina de Naciones » (CAN) Regionalisierung einen idealen Weg zur Kontrolle in einer zunehmend globalisierten Welt dar. Arnold beleuchtet die Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen zwei der größten und bedeutendsten Regionalisierungsprozesse, nämlich der EU und der CAN (Comunidad Andina de Naciones). Nachdem Arnold die Gründe für die Integration untersucht hat, vergleicht er beide supranationalen Organisationen anhand von drei Referenzpunkten: Souveränität, Sicherheit und Wohlstand. Zwar bietet Europa ein gutes Vorbild für andere Regionen, doch jede Region hat ihre eigenen Bedingungen und Probleme, die berücksichtigt werden müssen. Es reicht daher nicht aus, die Strukturen der EU einfach zu kopieren, schließlich sind die historischen und geographischen Bedingungen der CAN – ebenso wie die Partizipation von Eliten – zu unterschiedlich von der europäischen Erfahrung. Nur durch die Schaffung eines institutionellen Gefüges, das die Lösung spezifischer Probleme der Anden-Region (und nicht die der EU) ermöglicht, kann die CAN Erfolg haben.

Martin Zimmek geht in seinem Discussion Paper C153/2005 „Integrationsprozesse in Lateinamerika. Aktuelle Herausforderungen in Mittelamerika und der Andenregion“ auf die Situation ein, dass es angesichts der zunehmenden Globalisierung für einzelne Staaten immer schwieriger wird, soziale und ökonomische Probleme aus eigener Kraft zu lösen. Dies betrifft in besonderem Maße auch die Staaten der Andenregion und Mittelamerikas, die unter der starken Konkurrenz auf dem Weltmarkt leiden und in denen noch immer Armut und soziale Ausgrenzung große Entwicklungshindernisse darstellen. Integration stellt für die Andenregion und Mittelamerika somit eine wertvolle Möglichkeit dar, um die eigenen Positionen und Interessen im internationalen

System zu stärken. Trotz großer soziokultureller Gemeinsamkeiten konnte bis heute keines der angestrebten Integrationsprojekte in Lateinamerika nachhaltige Erfolge erzielen. Seit dem Ende der so genannten „verlorenen Dekade“ der 1980er, in denen ökonomische Krisen und autoritäre Systeme jeglichen Integrationsprozess in der Region lähmten, sind seit Beginn der 1990er Jahre in der Andenregion und in Mittelamerika die Bemühungen um eine verstärkte Vergemeinschaftung wieder intensiviert worden.

Die mangelnde Bereitschaft nationale Kompetenzen an eine überstaatliche Organisation zu übertragen, stellt das größte Hindernis auf dem Weg zu realer Integration in den Gemeinschaften dar. Die Institutionen der Organisationen benötigen Reformen und sind ohne supranationale Kompetenzen nicht in der Lage, die intergouvernemental organisierten Integrationsprozesse signifikant zu fördern. Neben institutionellen Reformen ist in beiden Gemeinschaften die Harmonisierung der noch ausstehenden Zolllinien zur Komplettierung der Zollunion, eine wichtige Aufgabe. Der Integrationsprozess wird aktuell auch stark durch internationale Vorhaben beeinflusst. Die bilateralen Verhandlungen über die Unterzeichnung von Freihandelsabkommen zwischen den Staaten der Region mit den USA, haben den Integrationsprozess in Zentralamerika zunächst verlangsamt und auch in der Andengemeinschaft zu Differenzen geführt. Die bevorstehende Initiierung von Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Andengemeinschaft, sowie zwischen der EU und dem Zentralamerikanischen Integrationssystem, die hingegen nur en bloc stattfinden werden, können integrationsfördernd wirken, da die Mitgliedsstaaten gemeinsame Positionen erarbeiten und als Einheit auftreten müssen. Die Zivilgesellschaft gilt in integrationsfreundlichen Kreisen als großer Hoffnungsträger für die Vertiefung des Integrationsprozesses, kann dieser Rolle aber noch nicht gerecht werden, da sie weder über die erforderlichen Einflussmöglichkeiten verfügt noch ausreichend transnational vernetzt ist. Bei aller Kritik muss allerdings stets berücksichtigt werden, dass sowohl SICA als auch CAN sich nach vierzehn bzw. acht Jahren noch in der Anfangsphase ihrer regionalen Integrationsprozesse befinden.

Integrationsentwicklung

Die Abteilung ZElc strebt die systematische wissenschaftliche Bearbeitung der Frage nach den Entwicklungen und Potentialen der weltweiten Verbreitung regionaler Integrationsprozesse an. Erste Vorstudien von ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt haben in zwei Discussion Papers ihren Niederschlag gefunden: ZEI Discussion Paper C136/2004: Ludger Kühnhardt: The Global Proliferation of Regional Integration. European Experience and World Wide Trends. In einer sich globalisierenden Welt nimmt die Bedeutung internationaler Kooperation ständig zu. Wichtigstes Element politischer, ökonomischer und kultureller Selbstbehauptung sind dabei regionale Zusammenschlüsse, die immer weitere Verbreitung in der Welt finden und denen die Ideen der europäischen Integration erkennbar immer wieder Pate stehen. So wird auch weiterhin die fortschreitende Integration Europa aufmerksame Beobachter finden.

[Ludger Kühnhardt: Northeast Asia: Obstacles to Regional Integration. The interests of the European Union](#) (ZEI Discussion Paper C 152/2005) beleuchtet die Schwierigkeiten eines möglichen nordostasiatischen Regionalisierungsprozesses und weist die EU auf die Notwendigkeit hin, eine

authentische politische Strategie für die Region zu entwerfen und somit ihrem Anspruch, globaler Partner in Nordost- bzw. Ostasien zu sein, gerecht zu werden. Wesentliche Ursachen für eine momentane „Regionalisierung ohne Regionalismus“ in Nordostasien liegen im gegenseitigen politischen Misstrauen, dem Festhalten an klassischen Prinzipien asiatischer Großmachtspolitik und fundamental verschiedenen politischen Kulturen. Eine Transformation der EU-Politik gegenüber den ASEAN+3 Partnern ermöglichte die Erweiterung des außenpolitischen Horizonts der EU und läge darüber hinaus in ihrem inhärenten sicherheitspolitischen Interesse.

Eine in Bearbeitung befindliche Dissertation von Martin Zimmek zu den Umständen der Integrationsentwicklung in Zentralamerika und in den Andenstaaten. Er untersucht in seiner Dissertation Parallelen zwischen der Integration Europas und aktueller Integrationsvorhaben in Lateinamerika (Andengemeinschaft, Comunidad Andina de Naciones, CAN; Zentralamerikanisches Integrationssystem, Sistema de Integración Centroamericano, SICA; Gemeinsamer Markt des Südens, Mercado Común del Sur, Mercosur; Karibische Gemeinschaft, The Caribbean Community and Common Market, CARICOM). Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Analyse von Faktoren, welche die Integration in Lateinamerika fördern oder aufhalten, sowie deren konkrete Auswirkung auf die Integrationsprozesse in den Subregionen. Die Integrationsbemühungen haben in Lateinamerika seit den 1990er Jahren wieder an Intensität gewonnen und eröffnen der Region neue Möglichkeiten im internationalen System. Neben der interregionalen Kooperation sind auch die Beziehungen der Organisationen zur EU bedeutender geworden; momentan verhandelt die EU über die Unterzeichnung von Assoziierungsabkommen mit den genannten Organisationen. Die Dissertation will die Möglichkeiten und Schwächen des lateinamerikanischen Integrationsprozesses aufzeigen, unter besonderer Berücksichtigung der EU für diesen Prozess.

Im Rahmen der Vorbereitung seiner Dissertation führte Martin Zimmek im März 2005 Fachgespräche in Lima zur Erörterung des aktuellen Status der Integration in der Andengemeinschaft mit Vertretern des Generalsekretariats der Andengemeinschaft und der EU Kommission vor Ort.

Im Verlaufe einer Studienreise durch die Staaten des „Systems der Zentralamerikanischen Integration“ (SICA) vom 19. bis 29. September 2005 erörterten ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt und Martin Zimmek mit führenden Vertretern der regionalen Integrationsorganisationen der Region die Potentiale von spezifischen Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter der Integrationsorganisationen am ZEI. Die ZEI-Vertreter wurden von den mittelamerikanischen Repräsentanten ausdrücklich gebeten, Initiative zur Stärkung der Humankapazitäten der lateinamerikanischen Integrationsgemeinschaften zu beginnen. Im Rahmen der Studienreise hielt Prof. Dr. Ludger Kühnhardt Vorträge über den Stand des europäischen Integrationsprozesses an Universitäten in Belize, Guatemala, Nicaragua und Costa Rica.

Ausbildung

Master of European Studies Program

Von Bonn nach Brüssel

Seit 7 Jahren bildet der ZEI-Master of European Studies erfolgreich für eine internationale Karriere aus

Die Bilanz kann sich sehen lassen: 198 junge Graduierte haben seit dem 1. Jahrgang 1998/99 das englischsprachige Postgraduierten-Studium „Master of European Studies“ am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn erfolgreich abgeschlossen. Die konstant hohe Bewerberzahl und die zunehmende Internationalisierung des Programms zeigen, dass sich der ZEI-MES weit über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus etabliert hat: die insgesamt 30 ZEI-Master-Studenten des 7. Jahrgang 2004/05 kamen aus 17 Ländern weltweit, darunter die „alten“ und „neuen“ EU-Staaten, Südosteuropa und Balkan, Russische Föderation, USA, Südamerika und Südostasien. Der Anteil der deutschen Studenten lag bei 30%. Alle ZEI-Master-Studenten verfügten über einen universitären Bildungshintergrund, vornehmlich der Fächer Rechts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaft. Die Aufnahme war kompetitiv: auf jeden der 30 Plätze kamen im 7. Jahr 5 Bewerber.

Das primäre Karriereziel lag auch bei den Studierenden des 7. Jahrgangs ein Einstieg in ein internationales Umfeld: insbesondere bei den Institutionen der Europäischen Union, anderen Internationalen Organisationen wie dem Europarat und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrecht, Regierungsorganisationen – insbesondere nationalen Ministerien wie dem deutschen Auswärtigen Amt und seinen ausländischen Partnerorganen –, Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) und schließlich global agierenden Wirtschaftsunternehmen. Gerade in der für die Studenten zentralen Frage der „Employabilität“ – der individuellen Karriereaussichten – blickt der ZEI-Master of European Studies auf eine ausgesprochen erfolgreiche Bilanz: ZEI-Alumnae und -Alumni arbeiten in allen EU-Institutionen, insbesondere der Kommission und dem Europäischen Parlament, bei anderen Internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen und der Weltbank, in nationalen Regierungsinstitutionen, vor allem dem deutschen Auswärtigen Amt und den Außen- und Europaministerien anderer Staaten, in verschiedensten NGOs, in Beratungsunternehmen rund um die EU-Institutionen, Interessenverbänden und schließlich großen Wirtschaftsunternehmen wie der Deutschen Telekom und international agierenden Banken. Einige ZEI-Alumnae und -Alumni haben eine akademische Karriere gewählt. Eine umfassende Studie über den verbleib der Graduierten des ZEI-Master of European Studies ist für Ende 2006 geplant.

Optimal gerüstet für eine internationale Karriere: Interkulturelle Trainings, Fachexpertise und soziale Kompetenzen

Ein hoher Grad an Internationalität ist eine der zentralen Säulen, auf die sich der ZEI-Master of European Studies konzeptionell stützt. Neben der weltweiten

Herkunft der ZEI-Master-Studenten spiegelt sich dies in der internationalen Zusammensetzung der Fakultät: die 30 Dozentinnen, Dozenten, Trainerinnen und Trainer, die 2004/05 am ZEI unterrichteten, stammten aus 7 Ländern Europas, darunter Deutschland, Belgien, Großbritannien, Italien, Malta, Türkei sowie der EU-Kommission. Die Unterrichtssprache Englisch vermittelt ein internationales Klima und entspricht der realen Arbeitssituation gerade in Internationalen Organisationen. Die vielfältige nationale Zusammensetzung der Studentengruppe erlaubt das Arbeiten in multi-nationalen Arbeitsgruppen und Teams – eine wichtige Vorbereitung auf den späteren Berufsalltag vieler ZEI-Alumnae und -Alumni.

Ebenso zentral ist für das ZEI die praxisnahe und anwendungsbezogene Vermittlung fundierter Fachkenntnisse. Auch im 7. Jahrgang beinhaltete das interdisziplinäre Curriculum des ZEI-Master of European Studies umfassende Unterrichtseinheiten zu den politischen, ökonomischen und juristischen Grundlagen, die in 19 Spezialkursen sowie ergänzenden „Europa-Dialogen“ mit Experten aus der Praxis eingehende vertieft wurden. Insgesamt absolvierten die ZEI-Master-Studenten zwischen Oktober 2004 und Juni 2005 mehr als 360 Studenten an Fachunterricht sowie über 120 Studenten ergänzenden praktischen Veranstaltungen. Hierzu zählten vier mehrtägigen Exkursionen nach Brüssel, Strasbourg, Frankfurt und Berlin.

Zu den unmittelbar anwendungsbezogenen Veranstaltungen zählt das 2003 eingeführte „career development“-Programm des ZEI-Master of European Studies, in dessen Rahmen die ZEI-Master-Studenten soziale Schlüsselkompetenzen für ihre berufliche Zukunft erwerben. Neben einem Workshop zum Thema „culture and identity in Europe and beyond“, der die interkulturelle Sensibilität der ZEI-Master-Studenten fördert, umfasst dies fundamentale Trainings für einen Berufseinstieg. Im 7. Jahrgang 2004/05 zählte dazu ein eintägiges Bewerbungstraining in 3 Kleingruppen unter Anleitung einer erfahrenen Trainerin, eine Vorbereitungsseminar auf den „EU-Concours“ – den Einstiegsbewerbung für eine Laufbahn bei der EU-Kommission – sowie eine eintägige Simulation von Verhandlungen im Ministerrat mit umfassender Vor- und Nachbereitung, in der das Thema „negotiating and lobbying in the EU“ vertieft wurde.

Ausblick: der ZEI-Master of European Studies – gut etabliert, führend in Europa, mit hohem Entwicklungspotential

Zu den Zielen des ZEI-Master of European Studies zählt in den kommenden Jahren der Ausbau des Alumni-Netzwerks. Mit einem regelmäßigen „Stammtisch“ haben in Brüssel tätige ZEI-Alumnae und -Alumni bereits 2004 begonnen, untereinander den „Draht“ zu halten und Nachfolgerinnen und Nachfolgern Tipps für einen Karriere-Einstieg zu geben. Der ZEI-Master of European Studies wird diese Bemühungen durch den schrittweisen Aufbau einer Alumni-Datenbank fördern, die als Kontaktbörse und Netzwerk dient. Weitere Überlegungen zielen auf die stärkere Einbindung von ZEI-Alumnae und -Alumni in das Curriculum, insbesondere als Referenten und Ansprechpartner im Rahmen der Europa-Dialoge.

Aufgrund der sehr guten Erfahrungen will der ZEI-Master of European Studies das „career development“-Programm weiter ausbauen. Neben einer

Intensivierung und Diversifizierung der vorhandenen Trainings zählt hierzu auch die Vernetzung mit den ZEI-Alumni. Gerade im Hinblick auf das obligatorische Praktikum des ZEI-Master of European Studies, das ein erster Schritt in das Berufsleben ist und häufig zu einer festen Position führt, ist jeder Tip und jede Unterstützung hilfreich. Der ZEI-Master of European Studies wird flankierend hierzu vorhandene Kooperationen vertiefen und neue Kooperationen schaffen, um gerade den Karrierestart für die ZEI-Master-Studenten weiter zu erleichtern.

Kontakt:

Zentrum für Europäische Integrationsforschung

Dr. Cordula Janowski, Programmleiterin

Master of European Studies

Walter-Flex-Strasse 3, 53113 Bonn, 0228/ 731899

europeanstudies.zei@uni-bonn.de

Publikationen des ZEI

Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“

Publikationen in Fachzeitschriften und Sammelbänden

Braun, Jens-Daniel, Mitgliedstaatliche Glücksspielmonopole vs. EG-Wettbewerbsrecht, ZEuS 2005, S. 211-238.

Braun, Jens-Daniel, Anmerkung zu BGH, Urt. v. 28.06.2005 – KVR 17/04, N&R 2005, S. 160-163.

Braun, Jens-Daniel/Capito, Ralf, „Die Ausübung der Zuständigkeiten der Union: Besondere Bestimmungen über den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“, in: Marcus Höreth/Cordula Janowski/Ludger Kühnhardt (Hrsg.), Die Europäische Verfassung, Baden-Baden 2005, S. 199-212.

Capito, Ralf, „Chapter 1: Media Market Definitions in EC Competition Law – Recent Developments“, in: EMR/ZEI (Hrsg.), Market Definitions in the Media Sector. Comparative Legal Analysis (Cyprus, Czech Republic, Estonia, Hungary, Latvia, Lithuania, Malta, Poland, Slovakia and Slovenia), July 2005.

Haratsch, Andreas, „Zugehörigkeit zur Union“, in: Marcus Höreth/Cordula Janowski/Ludger Kühnhardt (Hrsg.), Die Europäische Verfassung, Baden-Baden 2005, S. 271-293.

Haratsch, Andreas/Steiner, Ulrike, „Grundrechte und Unionsbürgerschaft“, in: Marcus Höreth/Cordula Janowski/Ludger Kühnhardt (Hrsg.), Die Europäische Verfassung, Baden-Baden 2005, S. 73-91.

Husi, Glori, „Chapter 2: Cyprus“ und „Chapter 8: Malta“, in: EMR/ZEI (Hrsg.), Market Definitions in the Media Sector. Comparative Legal Analysis (Cyprus, Czech Republic, Estonia, Hungary, Latvia, Lithuania, Malta, Poland, Slovakia and Slovenia), July 2005.

Husi, Glori, Annotation on Commission v. Greece, Judgment of the Court of 12 May 2005 (Case C-415/03), EStAL 2005, S. 648-650.

Jaros, Krzysztof, „Chapter 9: Poland“, in: EMR/ZEI (Hrsg.), Market Definitions in the Media Sector. Comparative Legal Analysis (Cyprus, Czech Republic, Estonia, Hungary, Latvia, Lithuania, Malta, Poland, Slovakia and Slovenia), July 2005.

Koenig, Christian/Klahn, Daniela, "Ausschreibungen im Bereich der Hilfsmittelversorgung der gesetzlichen Krankenversicherung (§ 127 Abs. 2 S. 2 SGB V) - Wettbewerbliche Leistungserbringung oder gnadenlose Kostensenkung?", VSSR 3/2005, S. 183-210.

Koenig, Christian/Meurer, Friederike, "Das apothekenrechtliche Fremdbesitzverbot auf dem Prüfstand von Verfassungs- und Gemeinschaftsrecht, ApoR 5/2004, S. 153-160.

Koenig, Christian/Klahn, Daniela, "Die Umsetzung von Rabattverträgen zwischen Kostenträgern der gesetzlichen Krankenversicherung und pharmazeutischen Herstellern nach § 130a Abs. 8 SGB V", GesR 11/2005, S. 481-489.

Koenig, Christian/Spieckermann, Kristin/Stelzner, Peter, "Arbeitsrechtliche Verflechtungen i.R. energiewirtschaftsrechtlicher Entflechtung", IR 11/2005, S. 242-244.

Koenig, Christian/Hentschel, Kristin, "Die Auswahl des Insolvenzverwalters – nationale und EG-vergaberechtliche Vorgaben", ZIP 44/2005, 1937-1947.

Koenig, Christian/Pfromm, René/Hentschel, Kristin, "Das integrale Wertgutachten in der Infrastrukturförderung – Mehr Kostenrechnung weniger Juristenprosa", WPg 21/2005, S. 1166-1176.

Koenig, Christian/Müller, Eva-Maria, "Der strafrechtliche Subventionstatbestand des § 264 VII StGB am Beispiel langfristiger staatlicher Ausfuhrleistungsgewährleistungen", NSTZ 11/2005, S. 607-614.

Koenig, Christian, "Die EU-Ausschreibungsdoktrin - Ein teurer Wettbewerb für die Infrastrukturnutzer?", EuZW 14/2005, S. 417.

Koenig, Christian/Klahn, Daniela, "Klausuraufgabe mit dem Schwerpunkt Apothekenrecht", GesR-Beilage 10/2005, S. 1-4.

Koenig, Christian/Hentschel, Kristin/Katzschmann, Tobias, "Kooperationen zwischen Leistungserbringern im Hilfsmittelbereich der GKV - ein Tatbestand der Fusionskontrolle?", NZS 9/2005, S. 461-466.

Koenig, Christian/Kiefer, Susanne, "Public Funding of Infrastructure Projects under EC-State Aid Law", EStAL Vol. 3/2005, S. 415-424.

Koenig /Neumann, "Legitimation durch Regulierungsverfahren?", CR 2005, S 487.

Koenig, Christian, "Die EU-Ausschreibungsdoktrin - Ein teurer Wettbewerb für die Infrastrukturnutzer?", in: EuZW 14/2005, S. 417.

Koenig, Christian/Hentschel, Kristin, "Der Public Private Partnership-Infrastrukturträger als öffentlicher Auftraggeber (§ 98 GWB)", ZfBR 5/2005, S. 442-448.

Koenig, Christian, "Die Dienstleistungsrichtlinie und die Kakophonie um die Daseinsvorsorge, in: EWS 6/2005, S. 1.

Koenig, Christian/Haratsch, Andreas, "Staatliche und kommunale Bürgschaften auf dem Prüfstand des EG-Beihilfenrechts Neue Tendenzen", in: ZHR 1/2005, S. 77-93.

Koenig, Christian/Haratsch, Andreas, "EG-beihilfenrechtliche Anforderungen an staatliche globale Rückbürgschaften", in: WM 22/2005, S. 1005-1010.

Koenig, Christian/Engelmann, Christina, "Parallel Trade Restrictions in the Pharmaceuticals Sector on the Test Stand of Article 82 EC Commentary on the Opinion of Advocate General Jacobs in the Case Syfait/GlaxoSmithKline", in: ECLR 6/2005, S. 338-348.

Koenig, Christian/Müller, Eva-Maria, "Die Legaldefinition des Embryos gemäß § 8 Abs. 1 ESchG", PharmR 5/2005, S. 1-8.

Koenig, Christian/Pfromm, René, "Staatlich finanzierte Absatzförderung in der Ernährungs- und Agrarwirtschaft - eine aufgedrängte EG-beihilfenrechtliche Begünstigung?", ZLR 2/2005, S. 241-256.

Koenig, Christian/Klahn, Daniela/Koch, Christiane, "Das Ausschreibungsverfahren nach § 127 Abs. 2 S. 2 SGB V", in: SGB (Die Sozialgerichtsbarkeit) 4/2005, S. 197-204.

Koenig, Christian/Haratsch, Andreas, "Ring frei im DVB-T-Beihilfenstreit vor der Europäischen Kommission - Terrestrischer digitaler Rundfunk vor dem Aus?", in: ZUM 4/2005, S. 275-283.

Koenig, Christian/Engelmann, Christina, "Parallelhandelsbeschränkungen im Arzneimittelbereich auf dem Prüfstand des Art. 82 EG, Zugleich Anmerkung zu den Schlussanträgen des Generalanwalts Jacobs in der Rechtssache Syfait/GlaxoSmithKline", in: GRUR Int 4/2005, S. 304-312.

Koenig, Christian, "Altmark - Ein Urteilsevergreen für die Ausschreibungspraxis der Infrastrukturförderung", in: Infrastruktur Recht (IR) 3/2005, S. 50-53.

Koenig, Christian, "Haftung der Europäischen Gemeinschaft gem. Art. 288 II EG wegen rechtswidriger Kommissionsentscheidungen in Beihilfensachen", in: EuZW 7/2005, S. 202-206.

Koenig, Christian/Meurer, Friederike, "Das Regionalprinzip in der Arzneimittelversorgung von Krankenhäusern auf dem Prüfstand von Gemeinschafts- und Verfassungsrecht", in: GesR 3/2005, S. 103-110.

Koenig, Christian/Kühling, Jürgen/Müller, Christoph, "Marktfähigkeit, Arbeitsgemeinschaften und das Kartellverbot", in: Wirtschaft und Wettbewerb (WuW) 2/2005, S. 126-136.

Koenig, Christian/Müller, Eva-Maria, "Die Legaldefinition des Embryos gemäß Art. 8 Abs. 1 ESchG - Grenzfälle regenerativer Zellforschung am Maßstab des deutschen Embryonenschutzgesetzes sowie der Vorgaben des Menschenrechtsübereinkommens zur Biomedizin", in: Pharmarecht 1/2005, S. 19-30.

Koenig, Christian / Husi, Glori, "Public Funding of Digital Broadcasting under EC State Aid Law", in: EStAL 4/2004, S. 605-612.

Koenig, Christian/Schellberg, Margret, „Elektrizitätswirtschaftliche Methodenregulierung - ein Entwurf der Netzentgeltverordnung Strom auf dem Prüfstand“, in: RdE (Recht der Energiewirtschaft) 1/2005, S. 1-6.

Kühling, Jürgen/Neumann, Andreas, Anmerkung zum Urteil des AG Darmstadt vom 30.06.2005, Kommunikation & Recht (K&R) 10/2005, S. 478.

Neumann, Andreas, Entwicklung einer IT-Sicherheitsarchitektur im Wege koordinativer Standardisierung, in: Taeger / Wiebe (Hrsg.), Mobilität – Telematik – Recht, Köln 2005, S. 187.

Neumann, Andreas, Quelloffene Software auf Ebene der Europäischen Gemeinschaft, in: Lutterbeck / Gehring / Bärwolff (Hrsg.), Open Source Jahrbuch 2005, Berlin 2005, S. 221.

Neumann, Andreas, Anmerkung zum Urteil des AG Stuttgart vom 07.10.2004, Computer und Recht (CR) 1/2005, S. 70.

Njome Ekango, Albert, „Die Ausübung der Zuständigkeiten der Union: Gemeinsame Bestimmungen“, in: Marcus Höreth/Cordula Janowski/Ludger Kühnhardt (Hrsg.), Die Europäische Verfassung, Baden-Baden 2005, S. 169-189.

Pfromm, René/Hentschel, Kristin, Zum Umfang des Legal Privilege in Kartellrechtsverfahren: Das gemeinschaftsrechtliche Gebot umfassender Vertraulichkeit der Anwaltskorrespondenz, EWS 2005, S. 549ff.

Svikis, Karlis, „Chapter 4: Estonia“, „Chapter 6: Latvia“ und „Chapter 7: Lithuania“, in: EMR/ZEI (Hrsg.), Market Definitions in the Media Sector. Comparative Legal Analysis (Cyprus, Czech Republic, Estonia, Hungary, Latvia, Lithuania, Malta, Poland, Slovakia and Slovenia), July 2005.

Buchbeiträge

Koenig/Kulenkampff/Dieke/Katzschmann/Kühling/Loetz/Neumann, Reform des Weltpostvereins, Monsenstein und Vannerdat, Münster 2005, 256 S. (ISBN 3-86582-250-9).

Abteilung “Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen”

ZEI Discussion Paper

C 142/2005 Ashkaan Rahimi: The Evolution of EU Asylum Policy

C143/2005 Samuel Wells/Ludger Kühnhardt: The Crisis in Transatlantic Relations

C144/2005 Hansjörg Eiff: Zum Problem des Kosovo-Status

C145/2005 Christian Arnold/Miguel E. Cárdenas: la experiencia de la Unión Europea y sus anécdotas para la “Comunidad Andina de Naciones” –CAN

C146/2005 Franjo Stiblar: Preservation of National Identity and Interests in the Enlarged EU

C147/2005 Erol Esen: Grundzüge der Kommunalverwaltung und die europäische Integration der Türkei

C148/2005 Jürgen Elvert: Zur gegenwärtigen Verfassung der Europäischen Union

C149/2005: Matti Wiberg: New Winners and old Losers

C150/2005 Siebo M.H. Janssen: Belgien – Modell für eine föderal verfasste EU?

C151/2005 Geert-Hinrich Ahrens: Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine. Die schwierige Mission der OSZE/ODHIR-Wahlbeobachter.

C152/2005 Ludger Kühnhardt: Northeast Asia: Obstacles to Regional Integration. The interests of the European Union.

C153/2005 Martin Zimmek, Integrationsprozesse in Lateinamerika. Aktuelle Herausforderungen in Mittelamerika und der Andenregion.

C154/2005 Andreas Marchetti: Ten Years Euro-Mediterranean Partnership. Defining European Interests for the Next Decade.

“Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung“

„Elite Planning Organizations. Traditionen, Charakteristika, Implikationen der Trilateral Commission“, Johannes Beverungen, Band 61, 2005, Schriftenreihe des ZEI, Nomos-Verlag, Baden-Baden.

„Die Europäische Union als internationaler Akteur im südlichen Mittelmeerraum. Zum Verhältnis von „Actor Capability“ und EU-Mittelmeerpolitik“, Tobias Schumacher, Band 63, 2005, Schriftenreihe des ZEI, Nomos-Verlag, Baden-Baden.

„Menschenrechte, Kulturen und Gewalt. Ansätze einer interkulturellen Ethik, Mamoru Takayama/Ludger Kühnhardt (Hrsg.), Band 64, 2005, Schriftenreihe des ZEI (in Kooperation mit der Straniak-Stiftung), Nomos-Verlag, Baden-Baden.

„Die nationalen Parlamente und ihre Europa-Gremien. Legitimationsgarant der EU?“, Cordula Agnes Janowski, Band 66, 2005, Schriftenreihe des ZEI, Nomos-Verlag, Baden-Baden.

„Erweiterung und Vertiefung“, Ludger Kühnhardt (Hrsg.), Band 62, 2005, Schriftenreihe des ZEI, Nomos-Verlag, Baden-Baden.

Publikationen in Fachzeitschriften und Journalen

Janssen, Siebo: Die Theorie des US-amerikanischen Neokonservatismus und die damit verbundenen Veränderungen der US-Außenpolitik (Hierbei ging der Autor vor allen Dingen auf die theoretischen Grundlagen des neokonservativen Denkens ein, die sich in erster Linie auf den deutschstämmigen Philosophen Leo Strauss (ein Schüler Carl Schmitts) beziehen), in: „Politische Meinung“, Januar 2005.

Janssen, Siebo: Rezension des Buches von H.E.S. Woldring: Politieke Filosofie van de Christendemocratie. (Der Rezensent setzte sich hierbei kritisch mit dem Versuch auseinander die Christdemokratie vom politischen Konservatismus strikt zu scheiden), in: „Politische Meinung“, Mai 2005.

Janssen, Siebo: The Politics of European Integration from 1945 to the constitutional treaty, in: Ott, Andrea (Hrsg.): The history, politics and future of the European Union (erscheint im Frühjahr 2006).

Der Beitritt der Türkei zur EU und die Auswirkungen auf das EU Verfassungsreferendum der Niederländer, in: Die Politische Meinung (Ausgabe 02/2006).

Janssen, Siebo: Welche Zukunft für die Europäische Sozialdemokratie – Welke Toekomst heeft de Europese Socialdemocratie nog? in: Waterstof – Rondbrief (Rundbrief) der Waterlandstichting (links-liberaler think-tank), Ausgabe Oktober 2005 (www.waterlandstichting.nl).

Janssen, Siebo: Vorbereitung eines Standardwerkes zur Geschichte und Ideologie des politischen Konservatismus unter besonderer Berücksichtigung des Neokonservatismus.

Janssen, Siebo: Belgien-Modell für eine föderal verfasste EU? Die Föderalisierung Belgiens im Kontext der Europäischen Integration. Siebo Janssen (Hrsg.), ZEI Discussion Paper C 150/2005, Bonn (Zentrum für Europäische Integrationsforschung), 21 Seiten.

Kühnhardt, Ludger: The Crisis in Transatlantic Relations (Introduction, mit Samuel Wells, Seite 5-9), Samuel Wells/Ludger Kühnhardt (Hrsg.), ZEI Discussion Paper C 143/2005, Bonn (Zentrum für Europäische Integrationsforschung), 167 Seiten.

Kühnhardt, Ludger: Culture, Values and European Integration, erschienen in: Alessia Casetta (Hrg.), Increasing Complexity in International Relations: Economy, Politics and Values, Mailand 2005, Seite 7 ff.

und in: Woosik Moon/Bernadette Andreosso-O'Callaghan (Hrsg.), Regional Integration-Europe and Asia Compared, Aldershot: Ashgate 2005, Seite 156-177.

Kühnhardt, Ludger: Auswege für die EU aus der Sackgasse. Vertrauen in die wachsende Kraft des Konstitutionalismus, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 131, 8. Juni 2005, Seite 5.

Kühnhardt, Ludger: Europa ohne Religion ist schlechterdings unmöglich, Interview erschienen in: Die Tagespost, Katholische Zeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur, Würzburg, 16. Juni 2005, Seite 9.

Kühnhardt, Ludger: EUROPA: Die Chance der Krise. Tony Blair hat Recht: Erst wenn die Regierungen wieder führen, gewinnen sie die Herzen der Menschen, in: Rheinischer Merkur, Bonn, Nr. 25, 23. Juni 2005, Seite 1.

Kühnhardt, Ludger: Wozu Europa? Auswege aus der Krise um die Europäische Verfassung.
in: MUT. Forum für Kultur, Politik und Geschichte, Nr. 456, August 2005, S. 42-55.

Kühnhardt, Ludger: Quo vadis Europa?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36, 5. September 2005, Seite 3-7

Kühnhardt, Ludger: Europa – quo vadis?, in: Kirche und Gesellschaft, Nr.322, herausgegeben von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle, Mönchengladbach 2005, 16 Seiten

Kühnhardt, Ludger: 10 Years Euro-Mediterranean Partnership: The Human Dimension Revisited, in: Andreas Marchetti (ed.), Ten Years Euro-Mediterranean Partnership. Defining European Interests for the Next Decade, Kühnhardt, Ludger: ZEI Discussion Paper C 154/2005, Bonn: Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Seite 83 ff.

Kühnhardt, Ludger: Südkorea: Science Fiction statt Morgenstille, in: Rheinischer Merkur, 22. Oktober 2005, Seite 5

Kühnhardt, Ludger: Northeast Asia: Obstacles to Regional Integration. The interests of the European Union. Ludger Kühnhardt (Hrsg.), ZEI Discussion Paper C 152/2005, Bonn (Zentrum für Europäische Integrationsforschung), 50 Seiten.

Marchetti, Andreas: ZEI EU-Turkey-Monitor ((Mithg.), Vol. 1, No. 1, October 2005 (ISSN 1817-1729).

Marchetti, Andreas: Ten Years Euro-Mediterranean Partnership. Defining European Interests for the Next Decade (Hrsg.), ZEI Discussion Paper, C 154, Bonn 2005, 96 Seiten.

Marchetti, Andreas: Promoting Good Governance. The Keystone to a Sustainable Mediterranean Policy, in: Andreas Marchetti (Hg.): Ten Years Euro-Mediterranean Partnership. Defining European Interests for the Next Decade (ZEI Discussion Paper, C 154), Bonn 2005.

Marchetti, Andreas: „How do you feel about Turkey?“ The Debates in the European Union, in: ZEI EU-Turkey-Monitor, Vol. 1, No. 1, October 2005, S. 3-4.

Marchetti, Andreas: „Hot Issues“. The Tough Topics in Accession Negotiations, in: ZEI EU-Turkey-Monitor, Vol. 1, No. 1, October 2005, S. 7 (mit Volkan Altıntaş).

Marchetti, Andreas: Interview: Three Questions to Rainer Korten, in: ZEI EU-Turkey-Monitor, Vol. 1, No. 1, October 2005, S. 6.

Zimmek, Martin: Integrationsprozesse in Lateinamerika. Aktuelle Herausforderungen in Mittelamerika und der Andenregion. Martin Zimmek (Hrsg.), (ZEI Discussion Paper, C 153), Bonn 2005, 25 Seiten.

Buchbeiträge

Janssen, Siebo: Die Entscheidung der USA zum Irakkrieg und der Einfluss der Neokonservativen Denkrichtung auf diese Entscheidung, in: Jäger, Thomas (Hrsg.): Die Entscheidung für bzw. gegen den Irakkrieg in den USA, Frankreich, Deutschland und Großbritannien (erscheint im Frühjahr 2006).

Kühnhardt, Ludger: Erweiterung und Vertiefung. Die Europäische Union im Neubeginn, Baden-Baden 2005, 420 Seiten.

Kühnhardt, Ludger: Menschenrechte, Kulturen und Gewalt. Ansätze einer interkulturellen Ethik, Mamoru Takayama/Ludger Kühnhardt (Hrsg.), Baden-Baden 2005, 474 Seiten.

Kühnhardt, Ludger: Auf dem Weg zum europäischen Verfassungspatriotismus, S. 19-48, erschienen in: Marcus Höreth/Cordula Janowski/Ludger Kühnhardt (Hrsg.), Die Europäische Verfassung. Analyse und Bewertung ihrer Strukturentscheidungen, Baden-Baden 2005, 301 Seiten.

Kühnhardt, Ludger: Europäische Sicherheitsstrategie und Horizonterweiterung: Die EU entdeckt den Erweiterten Nahen Osten, erstmals veröffentlicht in: Franz Kernic/Gunther Hauser (Hrsg.), Handbuch zur Europäischen Sicherheitspolitik, Frankfurt 2005, S. 273-283.

Kühnhardt, Ludger: Globalization and European Constitutionalism, Seite 77-115, erschienen in: Michael Gehler/Günter Bischof/Ludger Kühnhardt/Rolf Steiniger (Hrsg.), Towards a European Constitution. A Historical and Political Comparison with the United States, Wien 2005, 568 Seiten.

Marchetti, Andreas: Titel V: Die Ausübung der Zuständigkeiten der Union, in: Marcus Höreth / Cordula Janowski/Ludger Kühnhardt (Hrsg.): Die Europäische Verfassung. Analyse und Bewertung ihrer Strukturentscheidungen (Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, 65), Baden-Baden 2005, S. 169-221 (mit Jens-Daniel Braun/Ralf Capito/Albert Njome Ekango).

Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“

ZEI Working Papers

B11-2005, Martin Seidel: Das Kompetenz- und Entscheidungssystem des Vertrages von Rom im Wandel seiner Funktion und Verfassung.

B10-2005, Martin Seidel: Die Schutzklauseln der Beitrittsverträge.

B09-2005, Guntram B. Wolff: Measuring Tax Burdens in Europe.

B08-2005, Gabriel González-König: Remittances as investment in the absence of altruism.

B07-2005, Christian Volpe Martincus/Jennifer Pédussel Wu: Economic Integration in a Multicore World?

B06-2005, Jürgen von Hagen/Valeriya Dinger: Banking Sector (Under?) Development in Central and Eastern Europe

B05-2005, Stefan Lutz: Regulatory Standards Can Lead to Predation.

B04-2005, Martin Seidel: Währungspolitik als Sozialpolitik.

B03-2005, Panu Poutvaara: Public Education in an Integrated Europe: Studying to Migrate and Teaching to Stay?

B02-2005, Jan Fidrmuc/Orla Doyle: Voice of the Diaspora: An Analysis of Migrant Voting Behavior.

B01-2005, Jürgen von Hagen/Iulia Traistaru: Macroeconomic Adjustment in the New EU Member States.

Publikationen in Fachzeitschriften

1. Artikel in Zeitschriften mit Referee Verfahren

Jürgen von Hagen/Jizhong Zhou, "The Determination of Capital Controls: Which Role do Exchange Rate Regimes Play?", *Journal of Banking and Finance* 29, 2005, Seite 227-48.

Jürgen von Hagen/Jizhong Zhou, "The Choice of Exchange Rate Regimes in Transition Economies", *Economics of Transition* 13, 2005, Seite 679-703.

Jürgen von Hagen/Jizhong Zhou, "Official and De Facto Exchange Rate Regimes in Transition Economies", *Economic Systems* 29, 2005, Seite 256-75.

Simonetta Longhi/Peter Nijkamp/Iulia Traistaru, "Is Sectoral Diversification a Solution to Unemployment? Evidence from EU Regions", *Kyklos*, vol. 58 (4), 2005, Seite 591-610.

Simonetta Longhi/Peter Nijkamp/Iulia Traistaru, "Economic Integration and Manufacturing Location in EU Accession Countries", (*Best Paper Award*, International Business and Economy Conference, San Francisco, 8-11 January 2004), *Journal of International Business and Economy*, vol. 6(1), 2005, Seite 1-22.

Simonetta Longhi/Peter Nijkamp/Iulia Traistaru, "Economic Integration and Regional Structural Change in a Wider Europe: Evidence from New EU and Accession Countries", *Journal of Institutional Innovation, Development and Transition*, vol. 8, 2005, Seite 48-55.

2. Zeitungsartikel und Beiträge in Zeitschriften ohne Referee Verfahren

Jürgen von Hagen/Mark Hallerberg, "The Past can Teach Germany Fiscal Lessons", *Financial Times* 2, 11, 2005.

Buchbeiträge

Jürgen von Hagen/Iulia Traistaru, "Macroeconomic Adjustment in the New EU Member States" in: Carsten Detken/Vitor Gaspar/Gilles Noblet (eds.), *The New EU Member States - Convergence and Stability*, Frankfurt: European Central Bank, 2005.

Jürgen von Hagen, "Fiscal Policy Challenges for EU Acceding Countries", in: Fritz Breuss/Eduard Hochreiter (eds.), *Challenges for Central Banks in an Enlarged EMU*, Wien, New York: Springer, 2005.

Jürgen von Hagen, "Fiscal Policy Challenges for EU Acceding Countries" in: Susan Schadler (ed.), *Euro Adoption in Central and Eastern Europe: Opportunities and Challenges*, Washington DC: IMF, 2005.

Jürgen von Hagen, "Risk Sharing and Stabilization", in: Robin Boadway and Anwar A. Shah (eds.), *Intergovernmental Fiscal Transfers: Principles and Practice*, Washington DC: World Bank.

Jürgen von Hagen, "Budgeting Institutions and Public Spending", in: Anwar A. Shah (ed.), *Fiscal Management, Public Sector Governance and Accountability Series*, Washington DC: World Bank.

Vorträge

Jürgen von Hagen

06. Mai 2005

„Fiscal Policy in EMU“, Konferenz über Macroeconomic Policies for EU Accession, Ankara

23. Mai 2005

“Budgeting Institutions and Fiscal Performance“, 20. Symposium on Public Finance in Turkey, Pamukkale University, Denizli, Türkei

04. Juli 2005

“Money Market Pressure and Banking Crises“, Universität Dresden

05. Juli 2005

“Fiscal Rules in Europe and Japan“, IfO Dresden

08. Juli 2005

“Longterm Perspectives on the Euro-Dollar Exchange Rate“, European Business Forum, Helsinki

19. August 2005

“Fiscal Rules in Europe and Japan“, Korea Institute for Public Finance, Seoul

25. August 2005

“Fiscal Rules in Europe“

Jahrestagung des International Institute for Public Finance, Jeju Island (Korea)

02. September 2005

“Sovereign Risk Premia in the European Bond Market“, Money Macro Conference, Kreta

27. Oktober 2005

“Predicting Directional Change in Central Bank Instruments“, What Central Banks can Learn from Money and Credit Aggregates. Konferenz der Deutschen Bundesbank, Eltville

07. November 2005

„Fiscal Rules in Europe and Japan“, Universität Köln

14. November 2005

“Sovereign Risk Premia in the European Bond Market“, Universität Dortmund

24. November 2005

“Budgeting Institutions and Fiscal Performance“, Ernst & Young Better Government Program, Warschau

Siebo Janssen

01. Juni 2005

Kommentierung des laufenden Referendums zum EU-Verfassungsvertrag mit Hinweisen auf das mögliche deutliche „Nein“ hin, im DLF in der Sendung „Informationen am Mittag“.

01. Juni 2005

Kommentar zu dem Ergebnis des Verfassungsreferendums in den Niederlanden mit nachdrücklichem Hinweis auf die eintretende Krise innerhalb der EU hin und Benennung von Gründen und Ursachen für das massive „Nein“ der Niederländer, Phoenix Sendung „Der Tag“.

10. Juni 2005

Kommentar zur Absage des Verfassungsreferendums durch den britischen Premierminister Tony Blair mit nochmaligem Hinweis auf die Krise der EU und die ungewisse Zukunft, in der sich die EU durch den neuerlichen Rückschlag befindet, Phönix Sendung „Der Tag“.

18. Juni 2005

Kommentar zum Scheitern des EU-Finanzgipfels in Brüssel und in diesem Zusammenhang Kommentar über die „doppelte Krise“ in der sich die EU befindet, N-TV, „Der Morgen“.

16. August 2005

Podiumsteilnehmer an einer Diskussion zu den philosophischen Grundlagen der Europäischen Integration am Informationszentrum Europa (IZE) in Köln

06. Oktober-07. Oktober 2005

Teilnahme an einer Konferenz der Europäisch Sozialistischen Partei in Amsterdam zum Thema: Die Zukunft der Europäischen Union nach den Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden

08. Oktober 2005

Teilnahme und Referent an/auf einer Konferenz der Europa Union NRW in Dortmund zum politischen System der Niederlande im Wandel

22. Oktober 2005

Teilnahme und Referent an/auf einer Konferenz der Europa Union NRW in Lüdinghausen zum Thema: Welche Zukunft für Europa nach den Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden?

23. Oktober 2005

Teilnahme an einer Podiumsdiskussion mit dem niederländischen Historiker Geert Mak anlässlich des erscheinen seines neuen Buches: In Europa am Zentrum für Niederlande Studien in Münster

09. November-10. November 2005

Referent auf der Tagung des Instituts für soziale Bewegungen in Bochum zur Europäischen Parteiendemokratie mit einem Vortrag zur politischen Heterogenität der EVP

Prof. Dr. Christian Koenig, LL.M.

10. März 2005

Vortrag „Gestaltungskonzepte in der Infrastrukturförderung (Daseinsvorsorge) auf dem Prüfstand des EG-Beihilfenrechts“ im Uni-Club Bonn

17. März 2005

Vortrag Ausschreibungen im Hilfsmittelbereich (§127 Abs. 2 SGB V) – Wettbewerbliche Leistungserbringung oder gnadenlose Kostensenkung?“ Veranstaltung der UH Hamburg zum Thema „Die Rechtsstellung der Leistungserbringer im Sozialrecht“ in Hamburg

18. März 2005

Arbeitskreissitzung Studienkreis Netzwirtschaften im ZEI

29. April 2005

Vortrag zu „Erfahrungen mit dem neuen TKG“ bei den Kölner Jubiläumstagen IT-Recht („IT-Recht zwischen Gesetz und Wirklichkeit: Spielräume und Gestaltungsmöglichkeiten für die Praxis“) des Verlags Dr. Otto Schmidt

26. Mai 2005

Vorsitz beim EStALI (European State Aid Law Institute) Annual Forum, Brüssel: Fiscal Policy and State Aid

10. Juni 2005

Tagung des Budapest Forams in Budapest

21./22. Juni 2005

Euroforum Konferenz in Berlin, Vortrag: „Infrastrukturförderung auf dem Prüfstand der Europäischen Beihilfenkontrolle“

23. Juni 2005

Energiegespräch in Bonn im Gästehaus Petersberg

22. -23. September 2005

32nd Annual Conference on International Antitrust Law & Policy at Fordham University, New York City

20. Oktober 2005

Veranstaltung des European Law Institute for Public Procurement and Infrastructure (ELIPPI): „Public Private Partnership – Grundlagen und Praxisbeispiele“, Bonn

18. November 2005

Bad Orber Gespräche in Berlin

23. November 2005

Berlin-Konferenz des Studienkreises Regulierung der Netzwirtschaften

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

10-13. Januar 2005

Vorträge und Fachgespräche in der Türkei (Antalya, Mersin, Kayseri, Ankara) zum Thema „EU-Türkei“

20. Januar 2005

Interview zum Thema „Entwicklung der EU hin zu einer Werteunion“, Deutsche Welle, Bonn

27.-28. Januar 2005

Gastprofessur an der Diplomatischen Akademie Wien zum Thema „Deutschlands Rolle in der EU“, Diplomatische Akademie, Wien, Österreich.

03.-05. Februar 2005

Teilnahme und Vorsitz 4. Panel „Challenges of Democratic Transition.“ der Internationalen Konferenz “The South Caucasus in the 21st Century: Challenges and Opportunities.” Georgian Foundation for Strategic and International Studies (GFSIS), Tbilisi, Georgien.

07.-09. Februar 2005

Gastprofessur an der Alta Scuola di Economia E Relazioni Internazionali – Università Cattolica Del Sacro Cuore (ASERI) zum Thema: „Turning Points in European Integration History“, Katholische Universität, Mailand, Italien.

10.-12. Februar 2005

Fachgespräche in Rom und im Vatikan, Rom, Vatikan, Italien.

15. Februar 2005

Interview zum Thema „EU-Referendum in Spanien“, WDR 2, Köln.

15. Februar 2005

Interview zum Thema „EU-Referenden“, Deutsche Welle, Bonn.

17. Februar 2005 – 28. Juli 2005

Gastprofessor und Berater für Europafragen an der Seoul National University, Seoul, Korea, Seoul National University, Seoul, Korea.

30. März 2005

Vortrag zum Thema: “Constitution-Building in the European Union”
Tokyo University of Foreign Studies, Tokyo, Japan.

14. April 2005

Vortrag zum Thema: „Europäische Identitätsbildung und die Rolle Deutschlands“, Seoul National University, Department of German Literature and Culture, Seoul, Korea.

15./16. Juni 2005

Vorträge zum Thema: “Die aktuelle Verfassungskrise der EU”, Taiwan Institute for Foreign Policy und Außenministerium Taiwan.

27. Juni 2005

Fachgespräche, European Studies Centre, Hongkong Baptist University.

28. Juni 2005

Vortrag: „EU crisis as integration opportunity“, Ateneo University Manila.

5.-12. August 2005

Studienreise in den Iran zu den europäisch-iranischen Beziehungen im Rahmen einer Delegation des Europäischen Parlaments

19.-29. September 2005

Vortragsreise durch die Staaten der „Zentralamerikanischen Integrationsgemeinschaft“ (SICA) Costa Rica, Panama, El Salvador, Honduras, Nicaragua, Belize, Guatemala.

19. Oktober 2005

Steering Committee „Promoting EU Studies in Asia-Pacific“, Singapur (Asia-Europe-Foundation).

07. November 2005

Panel Discussion „EU-Turkey Relations“, St. Antony’s College Oxford.

11. Dezember 2005

Mediterranean Academy for Diplomatic Studies, Malta
Vortrag: „The current EU Situation and Euro-Mediterranean Relations“.

Sascha Loetz

28. Oktober 2005

Einführungsveranstaltung „Regulierungsgrundwissen“ für Mitarbeiter der Deutschen Telekom AG

31. August 2005

Einführungsveranstaltung „Regulierungsgrundwissen“ für Mitarbeiter der Deutschen Telekom AG

Andreas Marchetti

14. Januar 2005

Workshop über das Verhältnis EU-Türkei nach der Entscheidung des Europäischen Rates vom 17. Dezember 2004, Middle East Technical University, Ankara

Januar 2005

Prof. Dr. Thomas Poguntke, Keele European Parties Research Unit (KEPRU), Staffs – zusammen mit Dr. Cordula Janowski

01. Februar 2005

„Die Beziehungen der EU zur Türkei im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft“, Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung (Abt. Studienförderung): „Türkei – ein europäisches Land?“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Februar 2005

Dr. Christina V. Hantel-Fraser, University of Victoria – zusammen mit Dr. Cordula Janowski

24. Mai 2005

Telefonisches Kurzinterview für die französische Wirtschaftstageszeitung „La Tribune“ zum französischen Referendum über die Europäische Verfassung

30. Mai 2005

Telefonisches Kurzinterview (live) im WDR 2 Morgenmagazin (8:40h) zum Ausgang des französischen Referendums über die Europäische Verfassung (abrufbar unter: <http://www.wdr.de/radio/wdr2/moma/246582.phtml>)

30. Mai 2005

Telefonisches Kurzinterview für den General-Anzeiger zum Ausgang des französischen Referendums über die Europäische Verfassung, erschienen am 31.05.2005

30. Mai 2005

Interview für die Deutsche Welle zum Ausgang des französischen Referendums über die Europäische Verfassung (<http://www.dw-world.de/dw/episode/0,1569,1567515,00.html>).

17./18. Juni 2005

Berliner Sommerdialog 2005 der Stiftung Entwicklung und Frieden: „Sicherheit durch Demokratisierung im Nahen und Mittleren Osten. Erfolg versprechende Strategie oder nur westliche Propaganda?“, Berlin

24. Juni 2005

Vortrag und Diskutant im Panel „The Role of External Actors“, ARI Movement's 7th International Security Conference: „Democratization and Security in the Wider Middle East“, Istanbul

27. Juni 2005

„Die Mittelmeer- und Nahost-Politik der EU“, EU Sommerseminar 2005 für angehende Diplomaten und Regierungsbedienstete aus Zentralasien und dem Kaukasus, ZEI, Bonn

12. Juli 2005

„Die Mittelmeerpolitik der Europäischen Union. Europa in Afrika und Asien?“, Fortbildungsveranstaltung für DAAD-Lektoren: „Der Europäische Integrationsprozess“, Bonn

06. September 2005

Interview mit Dr. Hajo Görtz über die potentielle EU-Mitgliedschaft der Türkei für die Sendung „Gott und die Welt“ der Deutschen Welle

26. September 2005

Annual Conference of the European Union Institute for Security Studies, Paris

29. September 2005

„Nach den Wahlen in Deutschland – Zur Zukunft der Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei“, 1. Deutsch-Türkisches Think Tank-Forum, Konrad-Adenauer-Stiftung, Istanbul

Oktober 2005

Dong-Seok Lee / Yun-Jin Kim / Ji-Eun Sim, Research Institute for International Affairs, Seoul – zusammen mit Dr. Cordula Janowski

30. November 2005

„Turkey's Quest for EU-membership“, Bonn International Model United Nations 2005, Bonn

November 2005

Dr. Christina Pfestroff, Evangelischer Entwicklungsdienst, Bonn

05. Dezember 2005

„EU-Turkey-USA. Common Interests and Future Cooperation in Foreign, Security and Development Policy“, Konrad-Adenauer-Stiftung, Brüssel

Dezember 2005

Kadri Gürsel, Chefredakteur der Milliyet Auslandsredaktion, Istanbul – zusammen mit Martin Zimmek

Dezember 2005

Dr. Ute Meyer, Oresse- und Programmreferentin, U.S. Generalkonsulat, Köln. – zusammen mit Martin Zimmek

Dr. Emil Mintchev

21.-23. Mai 2005

Teilnahme an dem Treffen der Konsortialpartner, TU Chemnitz, Viadrina Frankfurt/Oder, die Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Uni Rousse, Akademie für Wirtschaftswissenschaften (ASE) Bucharest und ZEI am BRIE Rousse

21.-27. Mai 2005

Vorlesungen im Rahmen der Fliegenden Fakultät des ZEI an dem Bulgarisch-Rumänischen Interuniversitären Europazentrum (BRIE) in Rousse Bulgarien

03.-06. Juli 2005

Vortrag im Rahmen des Symposiums über die grenzüberschreitende Kooperation am BRIE in Rousse zum Thema „ Die grenzüberschreitende Kooperation in Südosteuropa“

15.-17. Juli 2005

Teilnahme an der Tagung der Auswahlkommission für die neuen Studenten am BRIE Rousse.

06.-13. Oktober 2005

Leitung der Sommerschule der BRIE Studenten in Bonn und Brüssel

15.-18. Oktober 2005

Teilnahme an der Prüfungskommission bei der Verteidigung der Masterarbeiten (erste Gruppe) der BRIE Studenten am BRIE Rouse

16.-20. November 2005

Vorlesungen im Rahmen der Fliegenden Fakultät des ZEI an dem Bulgarisch-Rumänischen Interuniversitären Europazentrum (BRIE) in Rouse Bulgarien

22.-23. November 2005

Vortrag zum Thema „Bulgarien und Rumänien vor den Toren der EU“ bei der Konferenz „Bulgarien und Rumänien vor den Toren der EU“ organisiert von der Hans-Seidel-Stiftung in Berlin

26.-27. November 2005

Teilnahme an der Beiratsitzung des BRIE Beirats in Rouse

02.-03. Dezember 2005

Teilnahme an der Prüfungskommission bei der Verteidigung der Masterarbeiten (zweite Gruppe) der BRIE Studenten am BRIE Rouse

Janusz Musial

21./22. März 2005

Labour Migration in the enlarged European Union, Schengen Agreement
Vortragsreihe an der Bulgarisch-Rumänischen Interuniversität Europa (BRIE)
Rouse, Bulgarien

12. Mai 2005

Polen und Europa – wie wird Deutschland und Europa in Polen gesehen?
Vortrag beim Rotary-Club, Leverkusen Odenthal-Altenberg

04. Juli 2005

Grenzüberschreitende Kooperation zwischen Deutschland und Polen seit 1990 –
Probleme und Chancen für die Zukunft
Symposium über grenzüberschreitende Kooperation in Südosteuropa an der
Bulgarisch-Rumänischen Interuniversität Europa (BRIE), Rouse, Bulgarien

22. Juli 2005

Erwerbsorientierte Migrationsbewegungen aus Polen in die Europäische Union
nach der EU-Erweiterung, Vortrag am Seminar für Politische Wissenschaften der
Universität Warschau, Warschau, Polen

08. Oktober 2005

Neue Nachbarn - Die Ostpolitik der erweiterten Europäischen Union.
Vortrag im Rahmen der ZEI-Sommerschule für BRIE-Studenten

Andreas Neumann

4. November 2005

Podiumsdiskussion zum Thema „Zu viel Müssen – zu wenig Dürfen?“ im Rahmen des Arbeitstreffens „Zwischen Überwachungsverordnung und Datenschutz: Was muss und darf ein IuK-Betreiber im Hochschulbereich speichern?“ der Universität Karlsruhe (TH)“

28. Oktober 2005

Einführungsveranstaltung „Regulierungsgrundwissen“ für Mitarbeiter der Deutschen Telekom AG

31. August 2005

Einführungsveranstaltung „Regulierungsgrundwissen“ für Mitarbeiter der Deutschen Telekom AG

Martin Zimmek

30. März 2005

Diskussionsrunde zum Thema „Integration der CAN und die Bedeutung der EU in diesem Prozess“, Delegation der EU-Kommission in, Lima, Peru.

Veranstaltungen

Konferenzen

21./22. März 2005

„Fliegende Fakultät“

Labour Migration in the enlarged European Union

Bulgarisch-Rumänisch Interuniversitäres Europazentrum (BRIE), Rousse, Bulgarien

FG V „Europas Rolle in der Welt“

06.-07. Mai 2005

„Macropolicies for EU Accession“

Gemeinsame Konferenz des ZEI mit der Türkischen Zentralbank in Ankara, Türkei

FG III „Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa“

10.-13. Mai 2005

„Konstanzer Seminar für Geldtheorie und Geldpolitik“

Gemeinsame Konferenz des ZEI mit dem Verein Konstanzer Seminar, Reichenau

FG III „Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa“

23./24. Mai 2005

Tagung der Konsortialpartner des „BRIE“-Projektes

Bulgarisch-Rumänisch Interuniversitäres Europazentrum (BRIE), Rousse, Bulgarien

FG V „Europas Rolle in der Welt“

24.-27. Mai 2005

„Fliegende Fakultät“

Bulgarisch-Rumänisch Interuniversitäres Europazentrum (BRIE), Rousse, Bulgarien

FG V „Europas Rolle in der Welt“

23. Juni 2005

Energiegespräche, Studienkreis „Regulierung der Netzwirtschaften“

Bonn Gästehaus Petersberg

FG II „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“

24.-25. Juni 2005

Jahrestagung des Ausschusses für Makroökonomik des Vereins für Socialpolitik

ZEI, Bonn

FG III „Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa“

27. Juni 2005

EU-Sommerseminar

„Die Mittelmeer- und Nahost-Politik der EU“,

EU Sommerseminar 2005 für angehende Diplomaten und Regierungsbedienstete aus Zentralasien und dem Kaukasus, ZEI, Bonn

FG V „Europas Rolle in der Welt“

03.-05. Juli 2005

Symposium „Grenzüberschreitende Kooperationen“

Bulgarisch-Rumänisch Interuniversitäres Europazentrum (BRIE), Rousse, Bulgarien

FG V „Europas Rolle in der Welt“

11.-19. Juli 2005

ZEI Summer School in International Macroeconomics and Finance

Bonn

FG III „Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa“

28.-29. Juli 2005

Internationale Konferenz der DFG Schwerpunktprogramms „Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme: Theoretische und Empirische Aspekte“, Regensburg

FG I „Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa

06.-13. Oktober 2005

Sommerschule BRIE

Bonn (ZEI), Brüssel

FG V „Europas Rolle in der Welt“

13.-14. Oktober 2005

„Sustainability: New Perspectives and Developments“

Gemeinsame Konferenz mit dem Center for Financial Studies, Frankfurt

FG III „Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa“

17.-18. November 2005

„Fliegende Fakultät“

Bulgarisch-Rumänisch Interuniversitäres Europazentrum (BRIE), Rousse, Bulgarien

FG V „Europas Rolle in der Welt“

26. November 2005

Roundtable on the Development of Federalism in Germany, Bundesfinanzministerium, Berlin

FG I „Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa

26.-27. November 2005

Jahrestagung des BRIE-Beirats

Bulgarisch-Rumänisch Interuniversitäres Europazentrum (BRIE), Rousse, Bulgarien

FG V „Europas Rolle in der Welt“

ZEI-Europadialog

In diesem Rahmen finden am ZEI in regelmäßigem Turnus Vortragsveranstaltungen mit namhaften Wissenschaftlern, Politikern, Diplomaten und Publizisten zu Themenstellungen im Zusammenhang mit den Schwerpunkten der Forschungsgruppen statt.

25. Januar 2005

„Ressourcen und Konflikte im Lichte der Konversion“

Peter Croll, Direktor Bonn International Center for Conversion (BICC)

15. Februar 2004

„Christlich-demokratische und konservative Fraktionen im Europäischen Parlament“

Jürgen Wahl, Europajournalist

15. März 2005

Terrorismusbekämpfung und Proliferation – neue Rollenverteilung zwischen USA und EU? Dr. Andrew B. Denison, Director Transatlantic Networks Foreign Policy Analysis, Königswinter

12. April 2005

EUROJUST und die grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung. Jean François Bohnert, Stellevertretender Leiter der französischen Delegation bei EUROJUST, Präsident der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung

26. April 2005

Terrorismusbekämpfung. Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit zwischen der Russland und der EU. Victor Merten, ehem. Polizeioffizier in Kasachstan

24. Mai 2005

Europa, Polen und die deutsch-polnischen Beziehungen in den letzten vier Jahren aus der Sicht der ausscheidenden Generalkonsulin Elżbieta Sobótka, Generalkonsulin der Republik Polen.

28. September 2005

Entwicklungshilfe für Zentralasien – Ein Beitrag zur Stabilität und Sicherheit in Europa?

Dr. Jörn Grävingholt, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn.

24. November 2005

Der belgische Föderalismus als Modell für einen europäischen Föderalstaat?

Siebo Janssen, Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Bonn.

06. Dezember 2005

Der Internationale Strafgerichtshof – aktuelle Lage und Herausforderungen

Hans-Peter Kaul, Richter am Internationalen Strafgerichtshof, Den Haag.

Europaforum

24. Februar 2005

Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine. Ein Neuanfang? Dr. Geert-Hinrich Ahrens, Leiter der OSZE/ODHIR-Wahlbeobachtungsmission in der Ukraine 2004, ZEI Senior Fellow

26. Oktober 2005

Polen – Deutschland: Bilanz der Beziehungen und Perspektive einer neuen Öffnung.

Prof. Dr. Irena Lipowicz

Sonderbeauftragte Botschafterin des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten für polnisch-deutsche Beziehungen, Warschau

27. Januar 2004

Bulgarien auf dem Weg in die EU

Hristo Tuparov, Gesandter, Leiter der Außenstelle der bulgarischen Botschaft, Bonn

Wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter

Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“

Leitung: Prof. Dr. Christian Koenig

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Jens-Daniel Braun	seit 01.06.2001
PD Dr. Andreas Haratsch	01.04.2003–28.02.2005
Kristin Hentschel	seit 01.08.2002
Krzysztof Jaros	seit 02.05.2005
Daniela Klahn	seit 1.12.2001
Andreas Neumann	seit 1.9.1999
Winfried Rasbach	01.3.2002–30.4.2005
Margret Schellberg	seit 01.01.2005
Marion Senger	seit 01.12.2005
Kristin Spiekermann	seit 01.05.2005
Ulrike Steiner	seit 01.02.2001
Karlis Svikis	seit 01.07.2005
Julia Wetzel	seit 02.05.2005

Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter

Barbara Hurter seit 15.4.2000

Studentische/Wissenschaftliche Hilfskräfte

Moritz Baron
Philipp Dornbach
Alexander Elbracht
Sonja Fechtner
Oliver Füg
Glori Husi
Maira Kettner
Annika Reverts
Robert von Rymon Lipinski
Kristina Schreiber
Julia Thelen

Senior Fellows

Dr. Andreas Bartosch, Haver & Mailänder, Brüssel (seit 1999)

Dr. Wilhelm Eschweiler, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Bonn (seit 1999)
Prof. Dr. Klaus W. Grewlich, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Baku (seit 1999)
Univ.-Prof. Dr. Jürgen Kühling, Universität Karlsruhe (TH) (seit 2005)
Dr. Antje Pieper, WDR, Köln (seit 1999)
Dr. Thomas Tschentscher LL.M., Freshfields Bruckhaus Deringer, Frankfurt a. M. (seit 1999)
Dr. Benedikt Wemmer, Moers & Collegen, Berlin (seit 1999)
Dr. Wilhelm Wemmer, Ministerialdirigent a. D., Bonn (seit 2000)

Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“

Leitung: Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Dr. Emil Mintchev	seit 07.09. 2000
Janusz Musial	seit 01.10. 2002
Andreas Marchetti	seit 03.01.2005
Siebo Janssen	03.01.2005 bis 31.12.2005
Martin Zimmek	seit 03.01.2005

Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter

Ingrid Maldonado (seit 01.01.2000)

Studentische/Wissenschaftliche Hilfskräfte

Marina Hrkać
Kathrin Nicksch
Sylvia Schuchardt
Michael Stahl

Praktikanten

Anita Bindhammer
Tobias Hausotter
Dieter Konold
Agnieszka Liszka
Markus Maiwald
Navideh Maleki
Klaudia Michalek
Rebecca Miltsch
Phillip Mikschl
Sylvia Schuchardt
Senol Yilmaz

Senior Fellows und Junior Fellows der Forschungsgruppe „Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa“

Permanent Senior Fellows

Dr. Peter Cullen
Prof. Dr. Jürgen Elvert
Prof. Dr. Petr Fiala
Prof. Dr. Michael Gehler
Prof. Dr. Lothar Hönnighausen
Prof. Dr. Rudolf Hrbek
Prof. Dr. Karl Magnus Johansson
Prof. Dr. Lutz Käppel
Prof. Dr. Dobrin Kanev“
Romain Kirt
Dr. Atis Lejins
Uwe Leonardy
Prof. Dr. Peter Leslie
Prof. Dr. Henri Ménudier
Prof. Dr. Edward Moxon-Browne
Dr. Alvydas Nikzentaitis
Dr. Ronald Pohoryles
Botschafter a.D. Janusz Reiter
Dr. Frank Ronge
Prof. Dr. Wolfgang Schmale
Prof. Dr. Walter Schweidler
Prof. Dr. Wolfgang Wessels
Prof. Dr. Matti Wiberg

Visiting Senior Fellows

Dr. Swetlana Pogorelskaya
Prof. Dr. Thomas Banchoff

Junior Fellows

Matthias Belafi
Siebo Janssen
Janusz Musial
Daniel Spichtinger

Senior und Junior Fellows der Forschungsgruppe „Europas Rolle in der Welt“

Permanent Senior Fellows

Prof. Dr. Jeremiah Alberg
Prof. Dr. Hüseyin Bağcı
Prof. Dr. Thomas Banchoff
Prof. Dr. Dai Bingran
Dr. Erhard Busek
Dr. Stephan Calleya
Botschafter a.D. Hans-Jörg Eiff
Dr. Gabor Erdödy
Prof. Dr. Stefan Fröhlich
Prof. Dr. Xuewu Gu
Prof. Dr. Arnim Heinen
Dr. Jackson Janes
Dr. Michael Köhler
Dr. Aschot Manutscharjan
Dr. Carlo Masala
Prof. Dr. Jun Nishikawa
Dr. Ghia Nodia
Prof. Dr. Lothar Rühl
Prof. Dr. Holm Sundhausen
Dr. Alvaro di Vasconcelos
Prof. Dr. Moon Woo-Sik
Prof. Dr. Xiaobao Yan

Visiting Fellows Senior

Botschafter a.D. Dr. Geert Ahrens
Dr. Franz-Josef Meiers
Dr. Anne-Sophie Krossa

Junior Fellows

Thomas Demmelhuber
Andreas Marchetti
Tilo Wagner
Martin Zimmek
Lars Zimmermann

Visiting Junior Fellows

Volkan Altintas

Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit“

Für den Zeitraum 2005 bis Sommer 2006 hat Prof. Dr. Jürgen von Hagen die Aufgabe des Geschäftsführenden Direktors des ZEI übernommen.

Leitung: Prof. Dr. Jürgen von Hagen

Fellows

Ernesto Crivelli
Michael.Evers
Simon Junker
Eva Kippenberg
Lin Lin
Rudolf Maier
Arttu Makipaa
Susanne Mundschenk
Birgit Schmitz
Boyan Tonkov
Daniela Treutlein
Haiping.Zhang
Alan Zhengsheng

Senior Fellows

Klaus Bünger
Dr. Valeriya.Dinger
Dr. Tim Mennel
Dr. Robin Pope
Prof. Dr. Martinus Seidel
Dr. Klaas Staal
Dr. Iulia Traistaru

Nonresident Senior Fellows

Dr. Lutz Arnold
Dr. Kerstin Bernoth
Dr Matthias Brückner
Dr. Debajyoti Chakrabarti
Dr. Eric Crampton
Dr. Jan Fidrmuc
Prof. Dr. Johannes Frerich
Prof. Dr. Roy Gardner
PD Dr Matthias Göcke
Dr. Robert Grassinger
Dalia Grigonyte
Bartlomiej Gurba
Prof. Dr. Mark Hallerberg
Dr. Bernd Hayo
Dr. Tai-kuang Ho

Dr. Boris Hofmann
Julius Horvath, Ph.D.
Anna Iara
Dr. Bernd Kempa
Prof. Dr. Ali Kutan
Stefan Lutz, Ph.D.
Robert MacCulloch, Ph.D.
Prof. Ronald Moomaw (Ph.D.)
Prof. Dr. Lucjan T. Orłowski
Dr. Matthias Paustian
Prof. William Pyle
Dr. Isa Scheunpflug
Dr. Paul Schure
Prof. Dr. Reinhard Selten
Kenneth Smith, Ph.D.
Dr. Rolf Strauch
Prof. Gabriele Tondl
Dr. Birgit Uhlenbrock
Dr. Christian Volpe Martincus
Dr. Christopher J. Waller
Kirsten Wandschneider, Ph.D.
Christian Weller, Ph.D.
Dr. Katrin Wesche
Dr. Guntram Wolff
Dr. Jennifer Wu
Dr. Jizhong Zhou